

EINBLICK

BEITRÄGE ZU BUNDES RAT UND FÖDERALISMUS

BUNDES RAT -
Plötzlich Präsident

FÖDERALISMUS

Eine kurze Geschichte
der Reform

Bundesrat Bunde

USA

Im Labor der
Demokratie

Bundesrat





Bundesrat – Plötzlich Präsident

Der Präsident des Bundesrates hat einen der wichtigsten Posten in der deutschen Politik – und doch bleibt sein Schaffen meist eher unsichtbar. Was Sie im Fall einer Amtsübernahme wissen sollten, erfahren Sie hier.



Ist das wirklich alles Gold?

Die Einbürgerung ausländischer Einwohner ist in Deutschland Ländersache. In einer feierlichen Zeremonie begrüßt der Staat seine neuen Bürger. Wie läuft so etwas eigentlich ab?



Grenzgänge

Was wir heute als Grenze der Bundesrepublik wahrnehmen, ist das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Ein Ausflug an die Levensau im Norden Deutschlands holt Spuren, Stimmen, Bilder aus der Vergangenheit.



Ein Monstrum als Modell

Der Föderalismus muss reformiert werden. Das ist keine neue Idee. Eine Geschichte der Reformversuche.



Deutschland, ein Fernsehmärchen

Sonntag für Sonntag sitzt Fernsehdeutschland vor dem Bildschirm und verfolgt gelebten Föderalismus. An 14 Standorten in Deutschland und einem in Österreich ermitteln die TATORT-Kommissare – mit konstantem Erfolg.



Im Labor der Demokratie

Föderalismus in den USA – das bedeutet Eigenständigkeit der Bundesstaaten und Kommunen mit starken regionalen Unterschieden. Wo in Deutschland auf Gleichheit gesetzt wird, betont Amerika die Besonderheiten.

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie mit Google Earth den virtuellen Sturzflug aus dem All auf die Erde wagen – wo halten Sie dann an? Sicher nicht auf halber Strecke, wo sich der Ausblick über ganze Staaten erstreckt. Das Interessante ist stets das Nahe, das Intime, und in der Regel gilt der Blick jedes neuen Nutzers dieser Software seinem Heimatort, seiner Straße. In der Totale ist der Maßstab so groß, dass man eigentlich nichts mehr wirklich sieht.

Im Spannungsfeld zwischen der engsten Umgebung, in der man sich auskennt wie in seiner Westentasche, und dem großen Deutschland ist eine wichtige Orientierungsgröße das Land. Ein typisches deutsches Flächenland wie Hessen oder Bayern ist gerade noch übersichtlich genug, dass seine Einwohner es in der Regel tatsächlich kennen, es ist durchzogen mit bekannten Orten, beruflichen und privaten Beziehungen. Wir haben von unserem Heimatland ein relativ komplettes Bild im Kopf, wir kennen es, wie wir Deutschland niemals kennen werden. Deutschland ist für die meisten von uns vor allem eine politische Größe, die zu Lebzeiten jedes Deutschen der letzten Jahrhunderte starken Veränderungen unterworfen war. Ein romantisches Gebilde mit sich wandelnden inneren und äußeren Grenzen – eine von ihnen hat unser Autor Gerald Koll abgeschrieben und traf dort Geister der Vergangenheit (Seite 20). Das Heimatgefühl, das Deutschland bietet, speist sich aus Sprache und Kultur – nicht aus örtlicher Vertrautheit. Und was für jeden Bürger gilt, gilt auch für die Politik und ist die Essenz des Föderalismus: Die Landespolitiker sind diejenigen, die mit den Verhältnissen in ihren Ländern wirklich vertraut sind – und so versammelt sich im Bundesrat das Wissen über die Lebenswirklichkeit in Deutschland. Als Dialogpartner und Gegengewicht zur Zentralgewalt, die die große Linie der nationalen Politik festlegt. Ein typisch deutsches Verhältnis – in Frankreich etwa sieht das ganz anders aus, wie Lutz Meier auf Seite 32 berichtet.

Bremsen Sie Ihren Flug Richtung Erde also etwas früher ab, sodass Details schon sichtbar werden, aber auch die Landesgrenzen noch im Blick sind. Das ist die Perspektive, von der dieses Heft ausgeht: Den Blick nach innen und nach außen richtend, in Vergangenheit und Zukunft – um dem Wesen dieses Landes aus 16 Ländern nachzuspüren, und einem Phänomen namens Föderalismus.

Viel Spaß und viele Erkenntnisse beim Lesen wünscht Ihnen

Dirk Brouër
Direktor des Bundesrates



04 Warum eigentlich...

Wissenswertes und Erstaunliches

20 Grenzgänge

Die vergessene Nordgrenze des Deutschen Reiches

47 Die im Dunkeln sieht man nicht

Volksvertreter stehen nicht immer im Rampenlicht – Eine Studie

06 Bundesrat – Plötzlich Präsident

Ein kleiner Leitfaden für angehende Amtsinhaber

26 Ein Monstrum als Modell

Eine Geschichte des Föderalismus und seiner Reformen

48 Held ohne Macht

Die Gleichschaltung Bayerns 1933

14 Ist das wirklich alles Gold?

Die Einbürgerung – ein Festakt auf Länderebene von bundesweiter Dimension

32 Es lebe die Republik!

Die langsame Verwandlung des französischen Zentralstaates

52 Alle auf eine Karte

Wie kommen eigentlich die Städte auf die Wetterkarte?

19 Von Löwen, Hirschen und Rittern

Was das große Landeswappen Baden-Württembergs zu erzählen hat

36 Deutschland, ein Fernsehmärchen

Warum die Deutschen ihren TATORT lieben

54 Wer macht was in der Bundesrepublik?

Eine Übersicht der Zuständigkeiten

55 Impressum

40 Im Labor der Demokratie

Föderalismus in den USA – von regionaler Vielfalt und der Freiheit, sie zu wählen

Warum eigentlich ...

... Konrad Adenauer im Bundesrat?

Wer die Eingangshalle des Bundesrates betritt, stößt dort auf Konrad Adenauer. 2002 wurde hier eine Gedenktafel zu seinen Ehren angebracht. Aber warum? Im Gegensatz zu vielen späteren Kanzlern wie Kohl, Brandt und Schröder war er doch niemals Mitglied oder gar Präsident des Bundesrates? Das nicht – aber er war Mitglied zweier anderer Parlamente, die im selben Gebäude tagten. Als Adenauer 1917 zum Oberbürgermeister von Köln gewählt wurde, war der 41-Jährige das jüngste Stadtoberhaupt im Land Preußen. 1918 wurde er in dieser Funktion Mitglied des **PREUSSISCHEN HERRENHAUSES** – der ersten Kammer des preußischen Parlamentes, für die das heutige Bundesratsgebäude 1904 ursprünglich auch erbaut worden war. Adenauer war eines seiner wenigen bürgerlichen Mitglieder. In der Weimarer Republik wurde Adenauer dann 1921 Vorsitzender des Preußischen Staatsrates, der zweiten Kammer des nun demokratischen preußischen Parlamentes. Seine Abgeordneten tagten ebenfalls im Plenarsaal an der Leipziger Straße. Hier setzte er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden legalen Mitteln gegen die Machtübernahme der Nationalsozialisten zu Wehr, die ihn daher 1933 auch sofort aus allen Ämtern vertrieben. Nach Ende des Krieges wurde er 1949 Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, der die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland entwarf.



Konrad Adenauer, Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, unterzeichnete das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, 1949.

Damit ist er einer der **VÄTER** unseres föderalen Systems und der Institution Bundesrat. Dem blieb er auch nach seiner aktiven Zeit als Bundeskanzler verbunden – nach seinem Rücktritt nutzte er ein Büro im Bonner Bundesratsgebäude. Mit dem Umzug des Bundesrates nach Berlin im Jahr 2000 schloss sich so ein Kreis deutscher Parlamentsgeschichte. Konrad Adenauer sagte, das Preußische Herrenhaus sei von den Parlamenten, denen er angehört habe, das mit dem höchsten Niveau gewesen. Und wie wohl kaum ein zweiter deutscher Politiker hatte er die Möglichkeit zum Vergleich.

... gibt es keine Bundesländer?

BUNDESLÄNDER – man hört und liest den Begriff überall, hat ihn in der Schule verinnerlicht und doch – er ist falsch. Denn richtig heißen die Glieder der Bundesrepublik schlicht **LÄNDER**. „Bundesländer“ gibt es in Deutschland nicht. Und das hat geschichtliche Gründe. Nach dem zweiten Weltkrieg existierte Deutschland als Staat nicht mehr, auch die Länder, aus denen sich das Reich zusammensetzte, waren verschwunden. Die vier Siegermächte teilten das eroberte Gebiet in vier Besatzungszonen. Mit denen war allerdings buchstäblich kein Staat zu machen. In den drei Westzonen verfolgte man die Idee einer föderalen Struktur und gründete Länder mit demokratisch gewählten Landesregierungen – einige der Neugründungen gab es so schon seit Jahrhunderten, wie Bayern oder die Hansestadt Hamburg, andere waren völlige Neuschöpfungen wie das große Nordrhein-Westfalen. Und diese Länder wiederum schlossen sich 1949 zur Bundesrepublik Deutschland zusammen. Der neue, westdeutsche Staat war also eine Gründung der deutschen Länder.

Und da der Bund erst nach den Ländern und durch sie kam, spricht man auch heute noch von „Ländern“, nicht von „Bundesländern“. Gut erkennbar ist dies besonders im offiziellen Zusammenhang: Der Titel „Ministerpräsident des Landes Hessen“ kommt uns ebenso normal vor wie der „Landesmeister“ oder die „Landesgrenze“. Die Stellung der Länder, die Gliederung des Bundes und eine mögliche Änderung dieser Ordnung sind im Artikel 29 des Grundgesetzes genau festgelegt.

In der sowjetischen Besatzungszone sah es ein wenig anders aus. Zunächst gab es dort auch fünf Länder, doch teilte man den neu gegründeten Staat schon 1952 in Bezirke auf, die alle zentral aus der Hauptstadt Ostberlin regiert wurden. Erst mit der Vereinigung 1990 wurden die fünf Länder neu gegründet.

Übrigens, die einzelnen Staaten der USA heißen tatsächlich Bundesstaaten, obwohl sich dort die Eigenständigkeit viel ausgeprägter darstellt – mehr zum Föderalismus in den USA lesen Sie ab Seite 40.

... kurbeln Dialekte das Wirtschaftswachstum an?

Bessere Noten durch Dialekte – was seltsam klingt, scheint Realität zu sein. Wissenschaftler wie der Dialektologe Ludwig Zehetner von der Universität Regensburg untersuchten dieses Phänomen bei Kindern. Wer in frühen Jahren mit einer regionalen Sprache aufwächst und in der Schule die Standard- und Schriftsprache erlernt, hat in der Schule bessere Chancen: Besonders für mathematische und linguistische Fähigkeiten, aber auch für abstraktes Denken und Auffassungsgabe ist die Mehrsprachigkeit hilfreich. Trotzdem genießt der Dialekt kein hohes Ansehen in der Öffentlichkeit, gilt als rückständig und wird aus dem offiziellen Sprachgebrauch nahezu vollständig verbannt. Paradoxaerweise schneiden aber gerade **DIALEKTSPRECHER** laut einer Untersuchung der Universität Oldenburg auch bei der Beherrschung der allgemein favorisierten

Standardsprache besser ab als ihre Mitbürger ohne regionale Sprachidentität. Der Germanist Rupert Holzer kritisiert, dass Deutschland sich in seiner Einsprachigkeit am nationalen Ideal des 19. Jahrhunderts orientiere. Wird also die Beherrschung des Heimatdialektes wieder mehr gefördert, kann Deutschland in der PISA-Konkurrenz mit einem besseren Abschneiden und letztlich mit einer Stärkung seiner Position im **INTERNATIONALEN WETTBEWERB** rechnen – und das nicht nur, was die Sprachkompetenz angeht. Grund genug also, sich dem Bairischen, Alemannischen oder Plattdeutschen mit voller Hingabe zu widmen. Schon der frankfurterisch sprechende Goethe wusste: „Jede Region liebt ihren Dialekt, sei er doch eigentlich das Element, in welchem diese Seele ihren Atem schöpfe.“

... rechts und links?



Links: Der Plenarsaal des Bundesrates. Rechts: Blick in den Bundestag. Rechts außen: Das britische House of Commons.



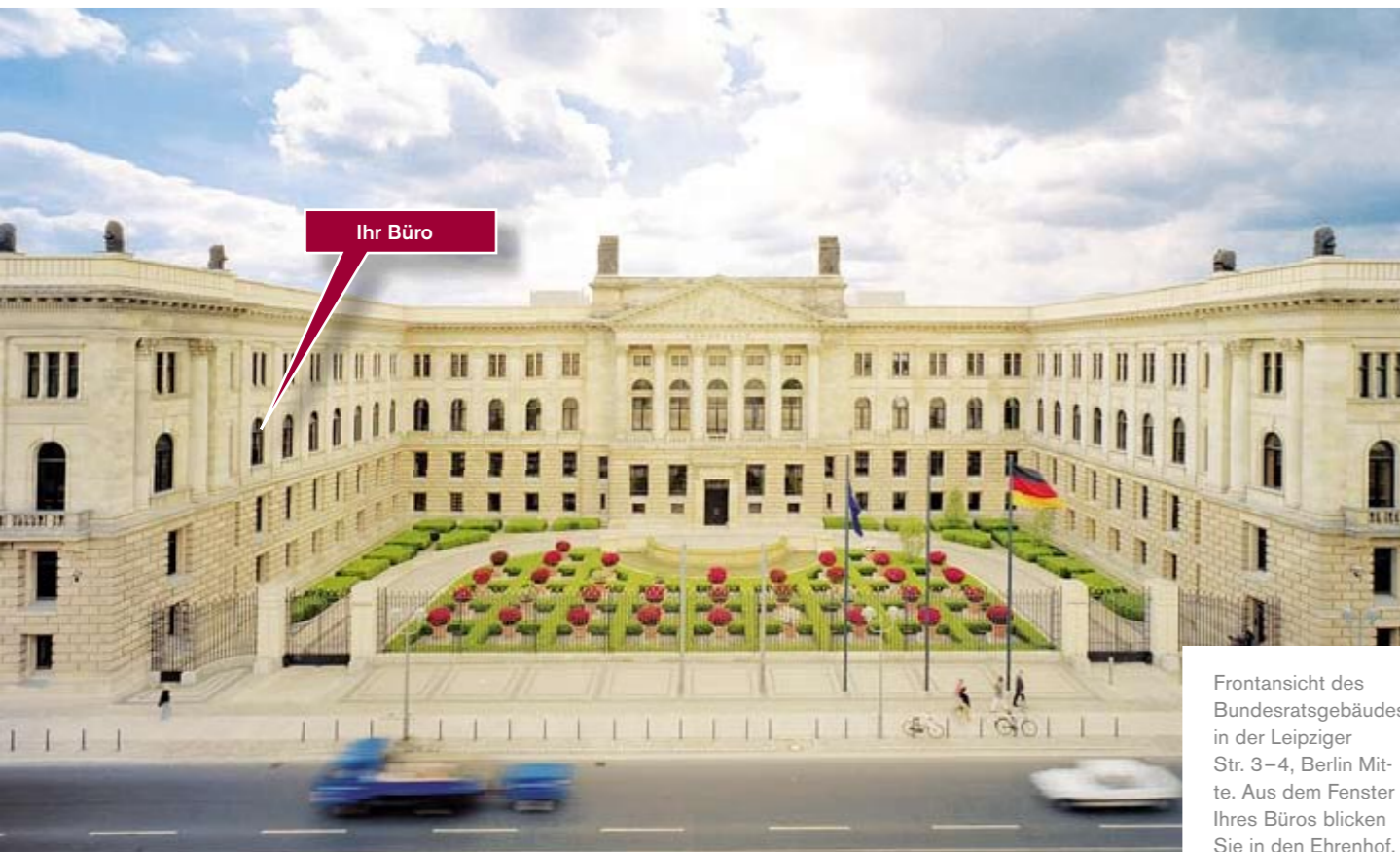
Links und rechts – politische Positionen, die uns heute ganz normal erscheinen. Dass konservative Parteien, ihre Politiker und Positionen als „rechts“, sozialdemokratische und sozialistische jedoch als „links“ gelten, ist das Ergebnis einer Tradition der europäischen Parlamentsarchitektur. Die gewohnte halbrunde Sitzordnung ist dem griechischen Theater nachempfunden – der Klassizismus war der Stil der französischen Revolution, und so entstanden viele der parlamentarischen Organe der neuen Republik nach diesem Vorbild. Aus der Zeit der Revolution stammt auch die uns heute noch geläufige Platzierung der **KONSERVATIVEN** und **FORTSCHRITTLICHEN** Kräfte im Rund, die ihren Weg dann auch in die Sprache gefunden hat. Es gibt natürlich auch andere Formen der parlamentarischen Sitzordnung: In Großbritannien sitzen sich im „Westminster type parliament“ seit dem 18. Jahrhundert Regierung und Opposition gegenüber. Die aus Sicht des „Speakers“ rechte Seite ist hier nicht einer konservativen, sondern der jeweils regierenden

Partei vorbehalten – die Rechts-links-Metaphorik fand dann auch erst im 20. Jahrhundert Eingang in die politische Sprache der Briten. Auch im Bundesrat spiegelt die Sitzordnung nicht die sprachliche Zuordnung wider – die Bundesratsmitglieder sitzen in **16 LÄNDERBLÖCKEN**, die alphabetisch im Plenarsaal angeordnet sind. Ganz rechts haben die Mitglieder aus der baden-württembergischen Regierung ihren Platz, links die aus Thüringen – unabhängig von ihrer politischen Heimat. Das sorgt für eine ungewöhnliche Perspektive auf die Dinge, die ja vielleicht auch das bisweilen ungewöhnliche Abstimmungsverhalten der Bundesratsmitglieder erklärt, wenn z.B. die Küstenländer ein gemeinsames Votum abgeben.

Bundesrat – Plötzlich Präsident

Keiner hat Ihnen den Job angeboten, und beworben haben Sie sich auch nicht. Und trotzdem sind Sie jetzt Präsident des Bundesrates. Wie konnte das passieren? Und was müssen Sie jetzt tun?

Das Amtszimmer des Bundesratspräsidenten mit Schreibtisch und Besuchersitzgruppe.



Ihr Büro

Frontansicht des Bundesratsgebäudes in der Leipziger Str. 3-4, Berlin Mitte. Aus dem Fenster Ihres Büros blicken Sie in den Ehrenhof.

Von der Oppositionsbank nach ganz oben

Schauen Sie sich um: Ihr neuer Arbeitsplatz ist sachlich, aber edel ausgestaltet, mit einem guten, zentralen Rundumblick – unmittelbar vor Ihnen befindet sich das Rednerpult, davor in Hufeisenform die Sitzbänke der Landesvertreter. Sollten Sie eine Rede halten wollen, wird Ihr Pult sanft nach oben gefahren, sodass jeder im Saal Sie gut sehen kann – sehr komfortabel. In Ihrem Rücken hängen die Wappen der deutschen Länder. Eines dieser Wappen kennen Sie besonders gut: Es befindet sich auf der Ernennungsurkunde zum Ministerpräsidenten, die Sie vor Kurzem erhielten. Dass damit auch ein zeitraubender Nebenjob in Berlin verbunden ist, müssen Sie wohl verdrängt haben. Kein Wunder, bei dem Stress der letzten Zeit.

Ministerpräsident – das war das Ziel, für das sie all die Jahre mit Elan gekämpft haben, Sie wollten die Geschicke Ihres Heimatlandes endlich zum Besseren wenden. Noch vor ein paar Wochen waren Sie Oppositionsführer im Landtag, haben einen nervenzehrenden Wahlkampf geführt und auf unzähligen Podien gestanden. Erfolgreich, wie sich am Wahlabend zeigte, als schon mit der ersten Hochrechnung feststand, dass Sie der neue Ministerpräsident werden. Eine kleine Ver-

schnaufpause käme Ihnen jetzt ganz gelegen. Doch schon am Tag nach der Wahl nimmt der künftige Chef Ihrer Staatskanzlei Sie beiseite und erinnert daran, dass Ihr Land als nächstes mit der jährlich wechselnden Bundesratspräsidentschaft dran ist. Und damit Sie, denn Bundesratspräsident wird immer der amtierende Ministerpräsident des jeweiligen Landes. Und das zu allem Überfluss sehr bald, da das Amtsjahr immer am 1. November beginnt.

Sie müssen schlucken. Jetzt, wo es ernst wird, erscheint Ihnen die Aussicht auf zwei Ämter doch ein bisschen viel – schließlich gibt es daheim Wichtiges zu tun. Und dieses Spielfeld ist Ihnen vertraut. Dass die Ministerpräsidenten der Länder über den Bundesrat auch in der Bundespolitik mitmischen, war Ihnen zwar klar. Doch Sie als bundespolitischer Neuling wären zufrieden gewesen, sich dort wie die anderen fünfzehn Kollegen für die Interessen Ihres Landes einzusetzen und hin und wieder mit einer Rede auch über die Landesgrenzen hinaus wahrgenommen zu werden. Und nun gleich eines der wichtigsten Ämter, die die Republik zu vergeben hat!

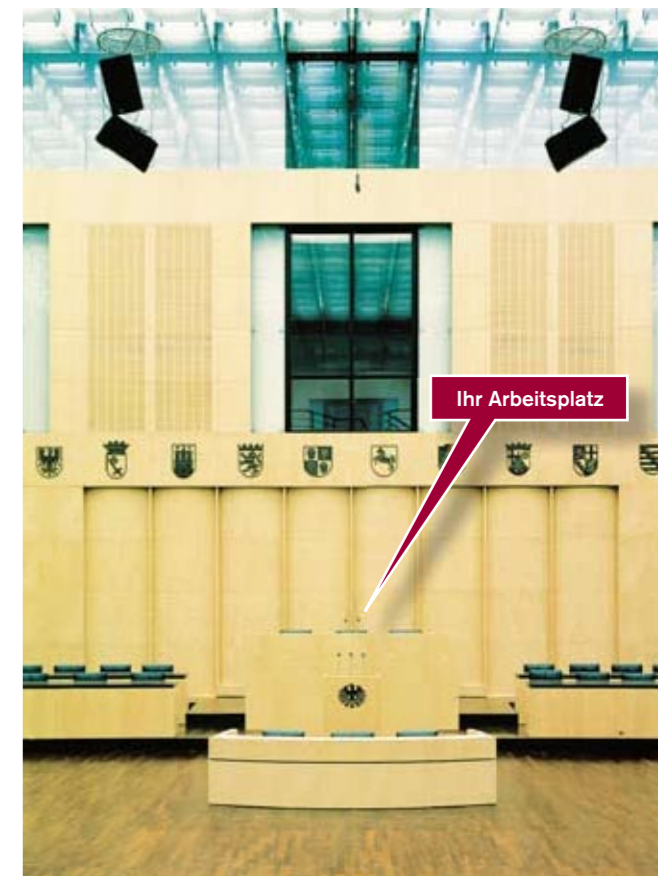
Machen Sie sich keine Sorgen, wenn Sie noch nicht wissen, was Sie erwartet. Der Bundesrat ist eine äußerst effizient arbeitende Einrichtung, die ihren neuen Präsidenten in allen Belangen tatkräftig unterstützt.

Am Sitzungstag

Ihre wichtigste Aufgabe ist es, die Plenarsitzungen einzuberufen und zu leiten. Aber wie geht das? Im Landtag müssen Sie es schließlich auch nicht machen. Sie werden ausführlich eingewiesen – deshalb sind Sie wahrscheinlich bereits am Donnerstag angereist und treffen sich dann Freitag um 9:00 Uhr zur Vorbesprechung mit dem Direktor und dem stellvertretenden Direktor. Wenn es sein muss, auch früher. Um 9:30 Uhr geht es dann los – Sie eröffnen die Sitzung. Mit welchen Worten noch mal? Für solche kleinen Aussetzer haben die Mitarbeiter des Sekretariates des Bundesrates Ihnen Zettel für Ihre Moderation vorbereitet. Außerdem: Es muss Ihnen nicht peinlich sein, der Bundesratsdirektor ist das gewohnt. Der Bundesratspräsident ist ja eigentlich immer ein Anfänger, und da er ja nur ein Jahr amtiert, wird auch nie ein wirklicher Routinier aus ihm. Der Direktor sitzt zu Ihrer Rechten, so ist er immer da, wenn Sie ihn brauchen.

Atmen Sie durch – Tagesordnungspunkt eins ist Ihre Antrittsrede. Um Ihnen die Aufgabe zu erleichtern, wurde die Rede von Ihrer Staatskanzlei entworfen. Anschließend beginnt die eigentliche Sitzung. Und da ist die ganze Aufregung auch schon wieder vorbei, jetzt fängt der Arbeitsalltag im Bundesrat an. Da man sich nicht so oft sieht – der Bundesrat hat nur 13 Sitzungstage im Jahr, immer etwa im Abstand von drei

Hier ist Ihr neuer Arbeitsplatz im Plenarsaal des Bundesrates. An der Rückwand über dem Präsidium sieht man die Wappen der deutschen Länder.

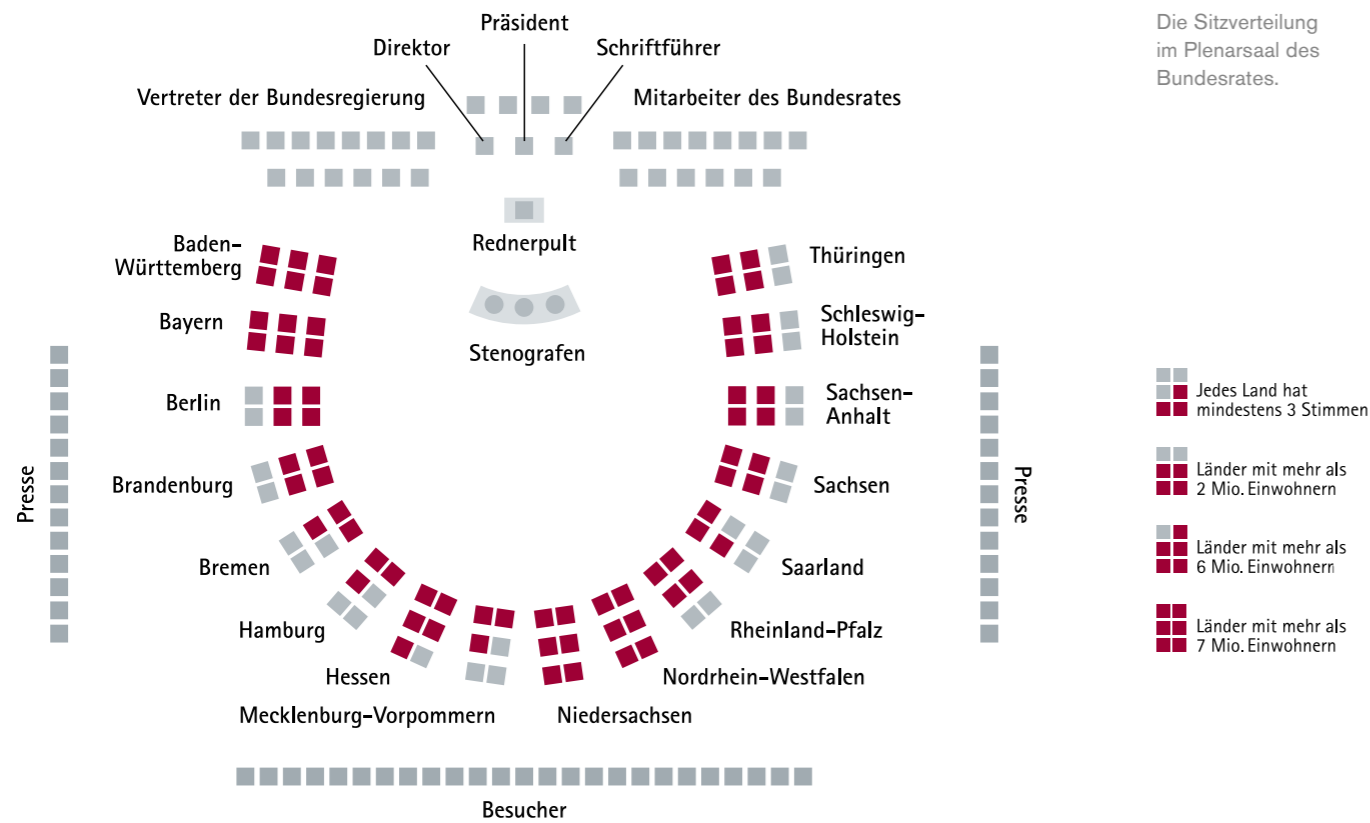


Ihr Arbeitsplatz

Wochen – muss viel erledigt werden. Akribisch arbeiten Sie und die Mitglieder sich durch die umfangreiche Tagesordnung, die schon mal 40 bis 80 Punkte umfassen kann.

Wie ruhig und diszipliniert es hier zugeht! Aus Ihrem Landtag oder von Besuchen im Bundestag sind Sie hitzige Debatten und parteipolitisches Taktieren der Fraktionen gewohnt. Im Bundesrat dagegen herrscht ein sachlicher und ergebnisorientierter Ton. Man diskutiert nüchtern, Ordnungsrufe von Ihrer Seite sind eine Rarität. Das geht so weit, dass die Mitglieder ihre Reden oft gar nicht verlesen, sondern nur schriftlich dem Sitzungsprotokoll hinzufügen. Man kann es dann ja nachlesen. Wie auch im Bundestag kommt es kaum zu Überraschungen bei den Abstimmungen, und medial in Szene setzen kann man sich im Bundesrat nur selten – die Öffentlichkeit schaut eher in den theatralischeren Bundestag.

Diese Debattenkultur, bei der Effizienz und Realitätssinn regieren, hat mit der besonderen Stellung des Bundesrates in der Verfassung zu tun. Denn zum einen ist er ein Teil der Legislative, also der gesetzgebenden Gewalt, zum anderen der Exekutive, der Regierung. Gesetze werden hier von Parlamentariern gemacht, die gleichzeitig Regierungsmitglieder sind. Was sonst nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung verboten ist, funktioniert, weil es ja Mitglieder der Landesregierungen sind, die gemeinsam über Bundesgesetze beraten. Was nicht



Tag der offenen Tür im Bundesrat. Die Gelegenheit für Sie, den direkten Kontakt zur Bevölkerung zu suchen.

heißt, dass sie diese Gesetze nicht betreffen. Im Gegenteil: Die meisten Bundesgesetze werden von den Landesbehörden umgesetzt. Deshalb stellen die Bundesratsmitglieder im Länderinteresse oft die Parteipolitik hinten an und sorgen vor allem dafür, dass die Gesetze später auch pragmatisch umsetzbar sind. Sie werden staunen. Statt sich zu beharken, stimmen politische Gegner im Bundesrat häufig ganz einmütig ab – nicht selten sind dabei regionale Allianzen zu beobachten, wenn z.B. der „Süden“ oder der „Osten“ einhellig votieren.

Ja oder nein

Sie sind zufrieden, die Sitzung läuft wie ein Uhrwerk. Zügig wird abgestimmt, Gesetz um Gesetz wird verabschiedet. Das passiert ganz immer offen per Handzeichen, eine geheime Wahl gibt es nicht. Keine Angst, Sie müssen die Stimmen nicht alle alleine zählen und zusammenrechnen. Beim Auszählen werden Sie vom Direktor, dem stellvertretenden Direktor und vom Schriftführer unterstützt. Auch für den Fall, dass es einmal Unstimmigkeiten oder gar einen Streit geben sollte, steht Ihnen der Direktor selbstverständlich zur Seite – er hat einen großen Erfahrungsschatz in diesen Dingen.

Insgesamt 69 Vertreter der Landesregierungen sitzen Ihnen gegenüber. Das Zählen wird dadurch erleichtert, dass jedes Land seine Stimmen einheitlich abgibt, Bremen also immer drei und Bayern immer sechs Stimmen hat. Pro Land gibt es also nur ein klares Dafür oder Dagegen. Versteht sich, dass man sich da in der Landesregierung im Vorhinein über die Position zum Gesetzesentwurf einigen muss.

Im Allgemeinen ist dann nach drei bis vier Stunden wieder Schluss, und Sie können zurück in die Heimat reisen. Falls nicht noch repräsentative Aufgaben auf dem Plan stehen, doch dazu später.

Wenn es kracht

Die große Schlagzeile, den Journalistenpulk vor dem Bundesratsgebäude – das gibt es natürlich auch, und zwar meistens, wenn ein besonders umstrittenes Gesetz im Bundesrat zur Abstimmung steht. Die Macht, ein Gesetz zu stoppen, hat der Bundesrat allerdings nur bei Zustimmungsgesetzen, Gesetzen also, die eine Änderung der Verfassung bewirken, das Geld der Länder betreffen oder in deren Organisations- oder Verwaltungshoheit eingreifen. Kommt es wirklich zur Zurückweisung, bietet die wohl bekannteste Instanz den letzten Ausweg: der Vermittlungsausschuss. Hier kann es dann plötzlich sehr dramatisch werden – in einem der Sitzungsräume des Bundes-

rates treffen Experten der Landesregierungen mit den entsprechenden Fachleuten des Bundestags zusammen. Um die ohnehin emotionale Situation zu entschärfen, sind es nebenbei nie dieselben, die vorher die Gesetzesinitiative betrieben haben. Gemeinsam suchen sie nach einer Lösung, wie denn das problematische Gesetz so umgearbeitet werden kann, dass Bund- und Länderseite gleichermaßen zufrieden sind. Das kann bis spät in die Nacht dauern.

Auch in einem anderen Fall kann das Plenum des Bundesrates einen Gesetzesentwurf aufhalten – bei den Einspruchsgesetzen. Hier kann der Bundesrat zwar Einspruch gegen eine Gesetzesvorlage erheben, der Bundestag kann dieses Gesetz aber dennoch verabschieden. Legt Ihr Plenum allerdings zu zwei Dritteln Einspruch ein, so muss der Bundestag auch mit mindestens einer Zweidrittelmehrheit dagegen entscheiden, um das Gesetz wirksam werden zu lassen.

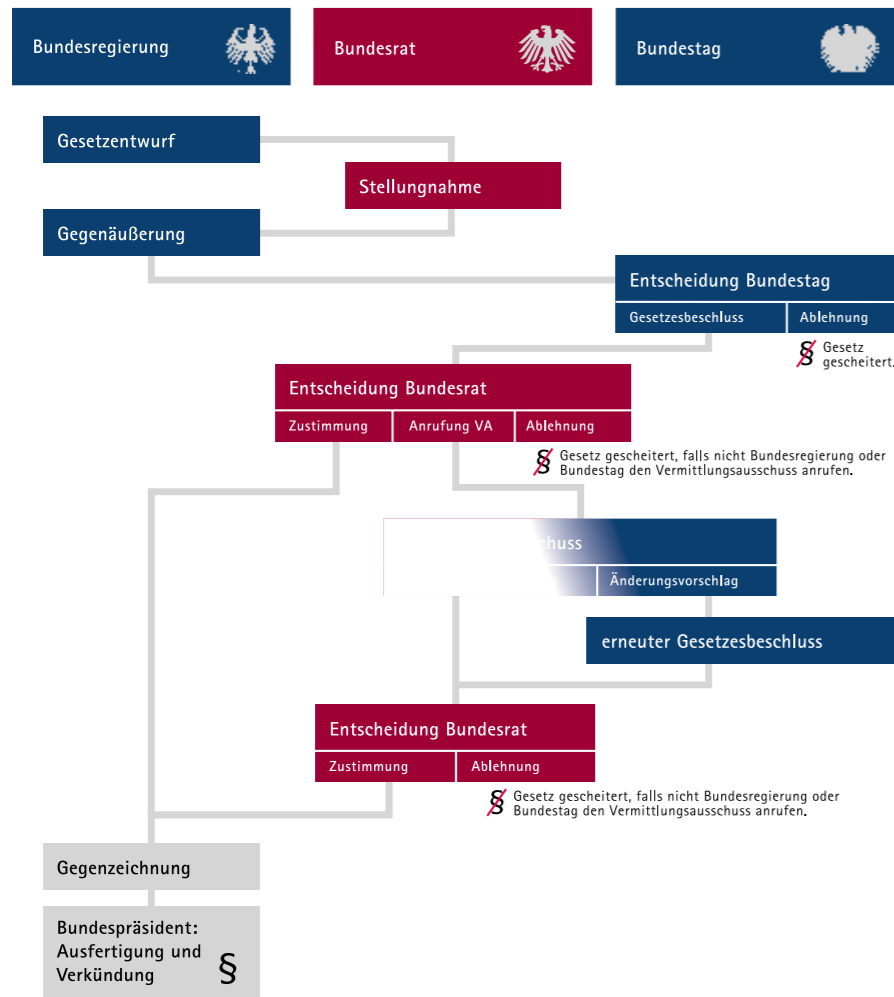
Mit (fast) allen Extras

So viel zu Ihren direkten Aufgaben und Pflichten – doch wie sieht es mit der Ausstattung Ihres Amtes aus? Ihr Büro im Gebäude des Bundesrates ist schlicht möbliert, bietet aber immerhin einen wunderbaren Ausblick auf den Ehrenhof mit seiner geschmackvoll arrangierten Grünanlage. Im Deutschen Bundestag ist für Sie ein Platz in der ersten Reihe der Bun-

desratsbank reserviert, zugleich erhalten Sie auch im Plenarbereich des Reichstagsgebäudes ein Büro mit Vorzimmer, das Sie bei Bedarf nutzen können.

Ein Extra-Präsidentengehalt beziehen Sie übrigens nicht. Für die Mehrbelastung neben Ihrer Tätigkeit als Ministerpräsident erhalten Sie jedoch eine Aufwandsentschädigung. Ihren Urlaub sollten Sie künftig so planen, dass er weder mit den Landesgeschäften noch mit Ihren Terminen als Präsident des Bundesrates kollidiert. Sollte es doch terminlich mal eng werden, stehen Ihnen die Flugzeuge der Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums und die Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes zur Verfügung. Diese sollten Sie allerdings nur in Anspruch nehmen, wenn der Zweck Ihrer Reise mit andern Verkehrsmitteln nicht erreicht werden kann. Auch einen Dienstwagen mit Fahrer hält der Bundesrat für Sie bereit.

All das will natürlich bezahlt sein, und auch dafür tragen Sie die Verantwortung, denn Sie kontrollieren das Budget des Bundesrates. Rund 20 Millionen Euro gilt es für die Arbeit des Bundesrates jährlich zu verteilen. Ein ganz wichtiger Teil sind dabei natürlich die Personalkosten. Das Sekretariat des Bundesrates beschäftigt rund 200 Mitarbeiter – damit ist der Bundesrat gemessen an seiner Bedeutung eine sehr kleine Behörde.



Das Entscheidungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen. Dargestellt ist der Weg eines Gesetzesentwurfes der Bundesregierung.

Die Bundesratspräsidentschaft prägt sich buchstäblich ein. Das Heimatland des Bundesratspräsidenten bringt im Amtsjahr eine 2-Euro-Münze mit einem landestypischen Motiv heraus. Bislang zierten z.B. Holstentor, Schweriner Schloss und Hamburger Michel die Rückseite des Geldstücks.



Ein bis zwei Mal im Jahr findet im Gewölbekeller des Bundesrates ein Presseabend statt, auf dem Sie in zwangloser Atmosphäre Journalisten kennenlernen, die vornehmlich der Bundespressekonferenz angehören.

Fest verplant sind Sie für Ihren Termin am Volkstrauertag mit offizieller Kranzniederlegung und Feierstunde, den Neujahrsempfang des Bundespräsidenten sowie die Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus und den Widerstand in der NS-Zeit.

Ein Präsident ist immer beliebter Kandidat für Schirmherrschaften, auch Sie bilden in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Sie können frei entscheiden, welche Sie während Ihrer Amtszeit übernehmen wollen, wenngleich es schon eine Reihe von bestehenden gibt, die fortgeführt werden sollten. Da wären beispielsweise der Internationale Museumstag oder der Schülerzeitungswettbewerb der Länder.

Unterwegs

Ganz schön viel, was? Jetzt käme doch ein Tapetenwechsel ganz recht. Schließlich sollen Sie als Präsident den Bundesrat international im Rahmen von Auslandsreisen repräsentieren. In der Regel stehen während Ihrer Amtszeit eine größere Fernreise und mehrere kleinere innereuropäische Reisen auf Ihrer Liste. Mögliche Reiseziele werden Ihnen vom Sekretariat vorgeschlagen. Zu berücksichtigen gilt es dabei auch die vielen bereits ausgesprochenen Einladungen internationaler Regierungs- oder Parlamentsvertreter aus den vergangenen Jahren.



Das Programm Ihres Auslandsaufenthaltes wird vom Präsidialbüro des Bundesrates über das Auswärtige Amt mit der jeweiligen Botschaft organisiert. Hierfür können Sie natürlich auch eigene Wünsche äußern. Vermutlich werden Sie sich besonders für Länder interessieren, in denen Sie sich mit

den entsprechenden Vertretern ganz ausgiebig über Vorteile und vielleicht auch manche Last der Arbeit in der Zweiten Kammer austauschen können.

Auf Ihrer Reise wird Sie üblicherweise eine Wirtschaftsdelegation Ihres Landes begleiten, deren Ziel meist in der Vertiefung oder Neuknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen besteht.

Ebenso zahlreich wie die Einladungen aus dem Ausland sind auch die von deutscher Seite. Stellen Sie sich also auf Besucher, Empfänge und viel internationale Prominenz in Berlin ein. Langweilig wird das Amtsjahr für Sie sicher nicht.

Kurz vor Schluss

Ein ganz besonderes Ereignis ist in jedem Jahr der Festakt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober. Gemäß der Tradition finden die Feierlichkeiten immer im Heimatland des amtierenden Bundesratspräsidenten statt. Dabei hat sich für das Programm ein ökumenischer Gottesdienst, ein offizieller Empfang und ein großes Bürgerfest etabliert. Inhaltlich gibt es relativ freien Gestaltungsraum, es haben sich in der Vergangenheit recht individuelle Konzepte herausgestellt. Vielleicht gibt es in Ihrem Land kulturelle Besonderheiten, die Sie präsentieren möchten, möglicherweise stellen Sie den Tag aber eher unter ein internationales Motto. Auch sportliche Darbietungen und Aktionen sind denkbar, lassen Sie also Ihrer Fantasie freien Lauf.

Gegen Ende des langen Tages werden Sie dann symbolisch die Bundesratspräsidentschaft an Ihren Nachfolger übergeben. Der steht ja bereits fest. Am 1. November wird er offiziell das Amt von Ihnen übernehmen.

U.B., J.W.

Noch ein Amt. Noch höher.

Doch mit den Plenarsitzungen alle drei Wochen hat sich Ihr neues Aufgabenspektrum keineswegs erschöpft. Schon Ihre Antrittsbesuche geben einen Vorgeschmack auf das, was Sie noch erwartet. Sie treffen den Bundespräsidenten, den Präsidenten des Deutschen Bundestags, die Bundeskanzlerin und den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, also die Vertreter der anderen vier Verfassungsorgane der Bundesrepublik. Besonders mit dem Amt des Bundespräsidenten sollten Sie sich gut vertraut machen, denn sollte der Bundespräsident mal im Urlaub, auf einer längeren außereuropäischen Reise oder anderweitig verhindert sein, sind Sie ab sofort sein offizieller Vertreter und damit höchster Repräsentant der Republik. Mit allen entsprechenden Befugnissen. Was da genau auf Sie zukommt, wird das Bundespräsidialamt mit Ihrer Staatskanzlei abstimmen und vorbereiten. In der Zeit Ihrer Vertretung des Staatsoberhauptes sind Sie übrigens von der Leitung der Plenarsitzungen entbunden, die übernimmt dann der Vizepräsident – das wäre sonst langsam wirklich etwas viel.

In der Öffentlichkeit präsent

Das hohe Amt bringt außerdem viele offizielle Termine mit sich, die ab sofort Ihren Kalender bestimmen. Etwa die Teilnahme an verschiedenen Konferenzen der europäischen Parlamentspräsidenten. Hier können Sie sich mit Ihren Kollegen aus anderen Staaten austauschen. Drei bis vier solcher Treffen sollten Sie mindestens einplanen.

Oder der jährliche Tag der offenen Tür beim Bundesrat: Da der Bundesrat und Sie als Präsident in der Bevölkerung hoch angesehen sind, sollten Sie sich darauf einstellen, dass der Andrang groß wird. Nutzen Sie die Chance und sprechen Sie mit den Leuten. Die Bundesratspräsidentschaft ist zudem eine Chance für Ihr Land, sich einmal ausführlich in Berlin darzustellen: Traditionell präsentiert sich das Heimatland des Bundesratspräsidenten mit einer kulturellen Veranstaltung. Gibt es in Ihrem Land eine besonders talentierte Band, ein herausragendes Theaterensemble oder ein Orchester von Rang? Dann zögern Sie nicht und bringen Sie Ihre lokalen Größen auf eine bundesweite Bühne.



„Ist das wirklich alles Gold?“

Seit 2006 sollen Einbürgerungen in einem feierlichen Rahmen stattfinden. Deutschwerden ist Ländersache, die Länder bestimmen, wie dieser Rahmen aussieht. In Hamburg ist er aus Gold und Backstein, der Bürgermeister ist Zeremonienmeister.

Es war eine weite Reise für Cihat Evren bis an diesen Ort, sie begann vor 36 Jahren im Osten der Türkei, in der Provinz Kars, sie führte ihn von kleinen Städten zu immer größeren Städten bis nach Istanbul, dann mit dem Zug quer durch Europa, sie dauerte fast ein halbes Leben lang, und nun ist er hier. Mit Gülay, seiner Frau, mit Yasemin und Aylin, den Töchtern, und mit Kübra, dem Sohn.

Als sie die breite Treppe im Hamburger Rathaus hinaufgehen, über den tiefroten Teppich, blicken sie aus großen Augen nach rechts und links auf die stuckverzierten Wände und Decken. Als sie im Festsaal sitzen, zwischen holzgetäfelten Wänden und riesenformatigen Gemälden in glänzenden Rahmen, fragt Kübra: „Sag mal, Papa, ist das wirklich alles Gold?“

Es ist ein Tag im November 2006, der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat zu seiner ersten Feier für die gerade Eingebürgerten geladen, und die Evrens gehören zu den 300 Teilnehmern. Eigentlich ist Cihat Evren ja schon seit dem

Sommer Deutscher, da hat er in einem Amtszimmer der Hamburger Ausländerbehörde seine Einbürgerungsurkunde bekommen. Dann erhielt er die Einladung. Cihat Evren hat sofort zugesagt. „Das es das gewesen sein sollte, so eine unfeierliche Übergabe, das fand ich merkwürdig.“ Wo er doch selbst so lange hatte überlegen müssen, bis er sich um die deutsche Staatsangehörigkeit bewarb – und den Pass seiner alten Heimat abgab, des Landes seiner Eltern.

Es ist die erste Feier dieser Art in Hamburg, und sie ist das Ergebnis langer Verhandlungen im Frühjahr 2006. Damals überlegten die Innenminister der Länder, wie sie die Regeln für die Einbürgerung einheitlicher machen könnten. Es ist etwas, woran sich Beobachter aus zentralistischeren Staaten erst gewöhnen mussten: Etwas Verbindenderes als die Staatsangehörigkeit kann es kaum geben, sie ist eine Art kleinster gemeinsamer Nenner aller Deutschen – und dennoch sind es

Links: Gruppenbild der neuen Staatsbürger mit Bürgermeister Ole von Beust. Rechts: Festakt zur Einbürgerung im Hamburger Rathaus.



die Länder, die zumindest Details für ihren Erwerb selbst regeln. Wer in Baden-Württemberg oder Hessen wohnt, muss vor der Einbürgerung Wissens- oder Wertetests bestehen. Selbst die Einbürgerung wird so zum Beispiel für die Ländervielfalt in Deutschland. Im Mai 2006 nun einigten sich die Innenminister auf gemeinsame Standards: Künftige Deutsche sollten seit mindestens acht Jahren hier leben, sie müssen Deutsch können, bei Bedarf einen Einbürgerungskurs besuchen – und wenn sie schließlich eingebürgert werden, soll es eine Feier geben. Am Ende stand ein Beschluss des Bundesrates mit dem hübschen amtlichen Titel: Drucksache 460/06. Unter Punkt II. g) steht dort: „Die Einbürgerung soll in einem feierlichen Rahmen vollzogen werden.“

Die Evrens sitzen in Reihe 15. Sie recken die Köpfe, um zu erkennen, was vorn geschieht, wo die Senatoren ihre Plätze haben, und Ole von Beust, der erste Bürgermeister. Die Journalisten umringen ein dunkelhäutiges Paar in prächtigen bunten Gewändern. Tejan und Hafsatou Cham stammen aus Sierra Leone. Tejan Cham, 51, kam vor 28 Jahren als Student nach Hamburg. Heute fährt er Taxi. „In unserer Heimat“, sagt er, „tragen wir diese Kleider nur bei Hochzeiten, Geburtstagen oder Taufen.“ Es ist eine Randnotiz, dass bei dieser Feier, bei der es um Integration geht, um das Ankommen in Deutschland, ausgerechnet das am exotischsten erscheinende Paar das begehrteste Fotomotiv ist.



Seit 35 Jahren lebt Cihat Evren in Deutschland, und wenn er seine Geschichte erzählt, verrät nur die Spur eines Akzents, dass er nicht hier geboren ist. Einen Sprachkurs hat er nicht gebraucht, so wenig wie einen Einbürgerungskurs. Er ist 38 Jahre alt und Lagerleiter einer mittelständischen Spedition, er weiß viel über Deutschland.

Was Heimat ist, wo sie ist, das ist für ihn keine leichte Frage. Für seine Eltern war das noch eine einfache Angelegenheit. Jedenfalls am Anfang. Da kamen sie mit ihren zwei Kindern nach Deutschland, nach Hamburg, der Vater arbeitete bei der Post, die Mutter ging putzen, „und wenn sie genug Geld verdient hätten, wollten sie wieder zurück“, sagt Cihat Evren. Ein klarer Plan. Dann kam es anders.

Vor einigen Jahren sind seine Eltern gestorben. In Hamburg. „Es ging ihnen wie so vielen Gastarbeitern. Sie sind geblieben.“

Er selbst lernte Türkisch, war als Kind oft in der Türkei, aber hier, in Hamburg, ging er zur Schule, seine Freunde waren Deutsche, und als er mit der Handelsschule fertig war, fand er Arbeit bei der Spedition. Seine drei Kinder sind hier geboren, mit seiner Familie lebt er in einer Dreizimmerwohnung im Stadtteil Steilshoop. Er hat immer in Hamburg gelebt. „Etwas anderes kam gar nicht infrage.“ Und warum jetzt der deutsche Pass, ausgerechnet jetzt, obwohl er ihn doch schon

viel eher hätte bekommen können? Dafür hat Cihat Evren zwei Antworten, eine poetische und eine pragmatische. Die poetische geht so: „Wenn man auf Deutsch träumt, dann zeigt es, dass ich hier zu Hause bin.“ Die pragmatische hat mit seiner Tochter Yasemin zu tun. Sie ist 15, geht zur Berufsfachschule und würde gern Arzthelferin oder Krankenschwester werden. Auch sie hat nun die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. „Als Deutsche hat sie es leichter, einen Ausbildungsplatz zu finden.“

Die Prominenz sitzt in der ersten Reihe. Bislang, sagt der Bürgermeister Ole von Beust, hätten viele geglaubt, „dass man in einer weltoffenen Stadt wie Hamburg kein Aufhebens darum machen muss, wenn Leute, die ohnehin schon lange hier leben, plötzlich einen deutschen Pass haben“. Die schmucklose Übergabe hätten viele Eingebürgerte jedoch als enttäuschend empfunden. Die Feiern sollten nun „ein Zeichen setzen, dass Sie herzlich willkommen sind“. Das „Vaterland“ sei nicht nur das Land der Vorfahren, sondern auch das Land, in man sich verwurzelt fühlt. „Ich gratuliere Ihnen zur deutschen Staatsbürgerschaft.“

Ole von Beust spart nicht mit feierlichen Worten. Nach ihm singt der Kinderchor „Papageno“ der Gesamtschule Harburg „Baum des Lebens“. Der Text ist von Rolf Zuckowski, die Musik von Peter Maffay.

Anschließend erzählt Mehmet Keskin, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer, wie er 1980 als 19-Jähriger nach Deutschland kam und sich wunderte über die Demos in den Städten, die jungen Leute mit den bunten Haaren, die überall auf Plätzen saßen, und die Autos, die er sich größer vorgestellt hatte. Vieles war anders als in den Büchern über Deutschland, die er sich in seiner Heimat in der Bibliothek geliehen hatte. Nicht schlechter, sondern anders. „Ich habe gelernt, dass ich mich für dieses Land engagieren muss“, sagt er. „Seien Sie aktive Deutsche“, fordert er die Eingebürgerten auf. Da flüstert Cihat Evren zur Seite: „Ist ja alles sehr feierlich. Aber an seiner Stelle hätte ich mich nicht zu reden getraut, mit so schlechtem Deutsch.“

Es ist ein strenger Satz, der jedoch auch dafür steht, dass das Thema Einbürgerung für ihn wie für viele andere wenig mit Romantik zu tun hat. Das Interesse der Einwanderer am deutschen Pass ist in den vergangenen Jahren erlahmt. Lieben sich im Jahr 2000 noch 186.000 Immigranten einbürgern, waren es 2003 nur noch 140.000 und 2006 124.000. Die 300 Teilnehmer bei der Einbürgerungsfeier in Hamburg sind nicht einmal die Hälfte der insgesamt 800 Eingeladenen. Es gibt eben auch die Distanz der Einwanderer zu jener Stadt und jenem Land, in denen sie schon so lange leben, auch bei Cihat Evren und seiner Familie. Einbürgern lassen sich nur er und

Von Löwen, Hirschen und Rittern

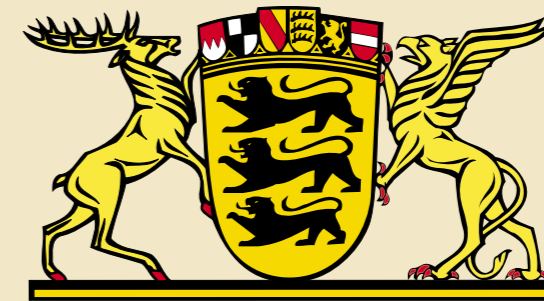
Wappen haben mehr zu erzählen als jedes Firmenlogo. Das gilt auch für Länderwappen: In ihrer Komposition aus den unterschiedlichsten Einzelteilen spiegelt sich die wechselhafte Geschichte der Territorien über viele Jahrhunderte wider, in denen der heutige Zustand nur eine – sehr stabile – Etappe darstellt. Wie kaum ein zweites verrät das große Landeswappen Baden-Württembergs viel über die wechselhafte Geschichte des Landes: Sein Ursprung im Herzogtum Schwaben, den Einfluss der Hohenzollern. Besonders die sechs kleinen Wappenschilde verweisen darauf, dass Grenzen und Zusammengehörigkeiten sich vielfach verschoben haben. So standen mehrere Gebiete früher unter der Hoheit fremder Mächte wie Franken oder Österreich.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die deutschen Länder wiedergegründet wurden, lagen im Südwesten des besiegten Deutschlands drei neue Länder: Württemberg-Baden, Baden, Württemberg-Hohenzollern. Erst 1952, nachdem zum bisher einzigen Mal eine Volksabstimmung über eine Länderfusion

positiv ausging, entstand aus diesen Einzelteilen das Land Baden-Württemberg. Das neue Wappen beschloss der Landtag zwei Jahre darauf per Gesetz. Während Landtag, Landesregierung, Ministerpräsident und Ministerien das Große Landeswappen verwenden, dürfen die unterstellten Behörden und Ämter nur das schlichtere Kleine Landeswappen führen.

Die meisten der eingebundenen Schilde stammen aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, der Hochzeit des Rittertums. Wappen waren in Europa damals neu. Die ersten Harnische und geschlossenen Helme ließen die Ritter ununterscheidbar werden, sodass während der Kreuzzüge farbige Erkennungszeichen notwendig wurden – zuerst in Form bemalter Kampfschilder, später als verkleinertes Symbol. Bei diesen Symbolen allerdings gibt es eine große Vieldeutigkeit: Die drei Löwen etwa schreiten heute nicht nur im baden-württembergischen Landeswappen, sondern auch in den Wappen von England und Dänemark.

K.P.



Der Hirsch und die drei übereinanderliegenden Hirschstangen auf goldenem Grund sind die Symbole Württembergs. Vermutlich sollten die Hirschstangen auf das besonders wald- und hirschreiche Gebiet der Wirtemberger hinweisen, denn es prangte erstmals auf einem Siegel des Grafen Hartmann von Grüningen-Wirtemberg aus dem Jahre 1228.

Der goldene Schild mit den drei schreitenden Löwen war einst das Wappen der Staufer, die das Herzogtum Schwaben beherrschten. Als berühmtester Staufer ist Friedrich I. unter dem Namen Barbarossa wesentlich geläufiger. 1155 wurde er zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gekrönt.

Der Fabel-Greif, der den Schild auf der rechten Seite stützt, steht für Baden. Dieser Landesteil taucht ein zweites Mal in der Mitte der Wappenkrone auf – in Gold mit rotem Schrägbalken.



Links sind die silber-roten Spitzen des Fränkischen Rechens zu sehen. Das Herzogtum Ostfranken hatte seinen Schwerpunkt im Nordosten des heutigen Landes.

Die Wappenkrone, die sich in vielen deutschen Landeswappen wesentlich deutlicher wiederfindet (so auch im Kleinen Wappen Baden-Württembergs) ist anders als in früheren Wappen eine Volkskrone, die die Souveränität der Landeseinwohner unterstreichen soll.

Der silbern und schwarz geviertelte Zolnerschild steht für die Hohenzollerischen Lande, weil Hohenzollern bis 1849 als selbstständiges Fürstentum existierte. Bis 1945 blieb es preußische Enklave in Württemberg.

Der rot gekrönte goldene Löwe auf schwarzem Feld erinnert an die Kurpfalz, deren Gebiet rund um Heidelberg einen Großteil des späteren Großherzogtums Baden ausmachte.

Der rot-silbern-rot gestreifte Schild Österreichs mag verwundern, doch im Breisgau, am Neckar, an der oberen Donau, in Oberschwaben und im Allgäu gab es zahlreiche Kleinstgebiete, die unter der Bezeichnung Vorderösterreich von der habsburgischen Krone abhingen.



seine Kinder. Seine Frau, obwohl auch bereits seit 19 Jahren in Hamburg, bleibt Türkin. „Um ihre Rentenansprüche in der Türkei nicht zu gefährden“, sagt Cihat Evren, „sie hat dort bereits gearbeitet.“ Ausländerfeindlichkeit habe er in seiner Stadt nie gespürt, sagt er, jedenfalls nicht offen, nicht auf den Straßen, wohl aber Neid und Missgunst bei der Arbeit. Da ist er der einzige Ausländer und obendrein auch noch Chef. „Das haben mir einige nicht gegönnt.“ So blieb er immer in diesem Zwiespalt: einerseits der erfolgreiche, integrierte Einwanderersohn – den man andererseits doch immer wieder seine Herkunft spüren lässt. Vielleicht ist es dieser Zwiespalt, den nun auch seine Tochter wahrnimmt. Seit dem Sommerurlaub in der Türkei trägt Yasemin ein Kopftuch. Vater Cihat fürchtet um ihre Chancen bei der Lehrstellensuche. „Ich habe ihr das auszureden versucht.“ Erfolglos. Sie hätten beim Islamunterricht in der Gemeinde darüber gesprochen. Seitdem, sagt sie, wolle sie es tragen.

Am Ende der Feier wird die Nationalhymne gespielt. Zur Sicherheit ist der Text auf die Rückseite des Programmzettels gedruckt. Cihat Evren muss nicht darauf sehen. Leise, kaum hörbar, singt er mit.

Es gibt anschließend noch einen Empfang. Kellner reichen auf kleinen Tablett Sekt und Orangensaft. Aber da bleiben die Evrens nicht lange. „Zu voll“, sagt Vater Cihat, und dann

steigen die Evrens in ihr Auto. 20 Minuten bis Steilshoop. Diese Stadt, dieses Land, das ist sein Zuhause. Aber ob er nun für immer hier bleibt, nein, sagt er, ganz sicher sei er nicht, zu unsicher sei die wirtschaftliche Lage. Gerade sei ihnen ihre Wohnung zum Kauf angeboten worden. „80.000 Euro, das ist ein richtig guter Preis.“ Er mag die Wohnung und sein Viertel, „viel Grün, und es gibt nicht so viele Schmierereien an den Wänden“. Aber wenn er sie kauft, legt er sich fest, wo er bleiben wird. Cihat Evren zögert. Es ist die Frage, wo seine Heimat wirklich ist, und sie hängt an sehr viel mehr als einem alten und einem neuen Pass.

AUTOR: THORSTEN FUCHS

Jahrgang 1968, ist Absolvent der Deutschen Journalistenschule München und arbeitet als Reporter bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

Grenzgänge



Grün und lautlos verwest im Norden die Grenze des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Nur Echos sind geblieben.

Still. Wie eine Haut überzieht das Grün den Bach, als wäre er ein Weiher. Man muss einen Stein hineinwerfen, damit das Wasser sich verrät. Keine Menschenseele weit und breit. Als ob es tausend Stäbe gäbe, stehen Stämme in der Sicht. Manchmal fährt einer weg. Das sind Masten der Schiffe, die hinter Wald und Feld einen Kanal passieren, den Nord-Ostsee-Kanal. Die Frachter kreuzen Schleswig-Holstein, Deutschlands Norden. Keine Seemeile entfernt öffnen die Kieler Schleusen die Sicht nach links zur Ostsee oder rechts zum Zipfel der Förde, nach Kiel.

Wandere ich nach Norden immer geradeaus, bin ich in drei Tagen auf dänischem Gebiet. Schon nach ein, zwei Tagen begännen Orte mit Endungen wie -by und -büll und -torp. Bis zur Schlei bliebe ich noch in deutschem Siedlungsgebiet. Dort heißt es -dorf und -hagen und -stedt. Hier gibt es Deutsch-Nienhof und Dänisch-Nienhof. Wo ich stehe, am Nordufer der stillen Levensau, beginnt der Dänische Wohld.

Vielleicht bin ich bereits jetzt in Dänemark. Das ist eine Frage der Zeit. Gehe ich in der Zeit ein Stück zurück, befinde ich mich hier an diesem Bach bereits im Ausland. Hier, nicht bei Flensburg, endete das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, bis es am 6. Juni 1806 das Zeitliche segnete. Es war höchste Zeit, 844 Jahre alt und mürbe.

Schatten von Bäumen verblassen auf der grünen Decke. Die Sonne sinkt. Hinter dem Laub der Bäume biegen sich rote Eisenträger einer hohen Brücke. Dorthin, zur Brücke und weiter zur Förde der Ostsee, schlängelt sich die Levensau. Im Fußende ihres Bettes hat sich seit über hundert Jahren der Nord-Ostsee-Kanal breitgemacht. Bevor die Levensau armselig in den kaiserlich wichtigen Kanal strullt, dümpelt

sie gemächlich und unbemerkt. Kaum jemand kümmert sich um sie.

Einstmals trennte sie Reiche, schon immer Schleswig und Holstein. Eider und Levensau – über diese Schwelle wollte schon 811 n. Chr. Karl der Große nicht hinaus, dessen Imperium vom Schaft des italienischen Stiefels bis zum Ufer drüben reichte, von dem mich vier Meter grüne Wasserlinie trennen. Da stehe ich und halte Ausschau nach Grenzen, ihren Phänomenen und Phantomen.

Siedlergrenzen: Da hausen die Sachsen

Hier bewegt sich nichts. Einige Regentropfen klopfen auf die Algendecke, ohne durchzudringen. Die Grenze ließe sich westwärts abwandern, an der Levensau entlang, den stillgelegten Schleusen, die an den kleineren Vorgängerkanal, den Schleswig-Holstein-Kanal, erinnern. Es ginge am Grabenrand der dünnen Au quer über Koppeln bis zur Eider, durch die Sande der Geest und die Marsch bis nach Tönning und ins Nordseewatt. Doch bereits hier, an der Levensau, wird der Boden Matsch. Daumenlange Frösche springen. So sah es hier früher überall aus: Wald mit Mooren, menschenleeres Ödland, während drum herum Dörfer gediehen.

Die Sicht wird trübe, der Regen dichter. Nichts hält mich hier zurück, nur eine fremde Pranke auf meiner Schulter. „Geh nicht hinüber, da hausen die Sachsen“, klingt es dumpf. Die Hand gehört einem Bärtigen: Er sei Orm, der Wikinger, komme eine Tagesreise von Norden her, aus Haithabu, und kämpfe gelegentlich gegen Friesen. Ihm werde das Land überhaupt zu voll. Lauter Stämme überall. Heute aber habe er einen Kaufmann nach Süden begleitet, sie hätten sich jedoch verirrt.

Gleich dem Gebell der Hunde

Orm gehört nicht hierher, sondern hinter Erdwälle und Schanzen des Danewerks und zudem ins 10. Jahrhundert. „Orm“, beruhige ich, „störe dich nicht an Slawen, Sachsen oder Holsten. Alle kommen, viele bleiben. Nach einem Krieg werden auf einmal so viele Flüchtlinge und Vertriebene in diesem Land eintreffen, dass auf vier Einheimische drei Hinzugezogene kommen. Und auch das wird gehen.“

„Ohne mich“, sagt Orm mit Recht. Seine Axt bleibt im Schaft, denn es ist ungemütlich, und er ist fremd. „Und die Friesen?“, fragt er leise. Darauf ich: „Es wird sie noch in tausend Jahren geben, mäßig beeindruckt vom Zeit- und Sprachenwandel. Wikinger aber stehen dann nur noch in Comics und Museen.“ Wir schweigen. Was versteht er unter Comics und Museen? Wie erklären, dass zwischen ihm und mir tausend Mal die Erde die Sonne umkreist? Orm kämmt sich verlegen. Er dauert mich. Noch mehr dauert mich, dass er ein Klagelied anstimmt.

Brauchtumsgrenzen: Gleich dem Gebell der Hunde

„Nie hörte ich hässlicheren Gesang, ein Gebrumm, das aus ihren Kehlen herauskommt, gleich dem Gebell der Hunde, nur noch viehischer als dies!“ Mit diesen Worten begrüßt mich ein Mann mit Turban. Sein Gewand ist orientalisch edel, seine Haut dunkel, die Miene leidend. Orm aber freut sich: „Mein Begleiter! Das ist **AT-TARTUSCHI**, ein arabischer Handelsreisender aus dem spanischen Córdoba.“ Da also sind die beiden: im Jahr 965 n. Chr. At-Tartuschis Meinungen stehen noch heute in den Quellen zur deutschen Volkskunde. Nicht überliefert ist, dass Orm auch gern aus Freude singt. Das macht es nicht besser.



Der historische Verlauf und die Verschiebungen der Grenze zwischen Dänemark und Deutschland.

Personen

Alle direkten Zitate, mit Ausnahme Orms, sind historisch, allerdings ihren Zusammenhängen entrissen. Ebenso die benannten Personen.



Ibrahim Ibn Yaqub at-Tartuschi
ein arabischer Kaufmann aus Spanien, besucht 965 die florierende dänische Wikingerstadt Haithabu. Ob er einen Wikinger namens Orm trifft, ist ungewiss – dessen Existenz ebenfalls.



Adam von Bremen
in Bamberg gebürtiger Domherr, reist etwa 1067 nach Dänemark, um für seine „Bischofsgeschichte der Hamburger Kirche“ zu recherchieren.



Friedrich Gottlieb Klopstock
(1724 – 1803),
Dichter der Empfindsamkeit und Nacktbader, steigt im August 1776 in Kiel (7.000 Einwohner) in die Ostsee.



Theodor Olshausen
Demokrat, plädiert für den Anschluss Schleswig-Holsteins an den Deutschen Bund. Im März 1848 wird er Mitglied der provisorischen Regierung.



Im heidnischen Isarnho

Trotzdem ist auf unserem Regenspaziergang das Verständnis füreinander größer als ich dachte, vor allem eingedenk der Sprachbarrieren. Wir tunken durch Pfützen. Pilze stehen handballgroß.

- „Wann“, fragt Orm, „kommen so viele Fremde in das Land?“
- „Um das Jahr 1945.“
- „Wann?“
- „Viele, sehr viele Monde ... nach Christi Geburt.“ Ich beiß mir auf die Zunge, zu spät.
- „Was hat der denn damit zu tun?“

Orm sind Odin, Thor und die anderen lieber. At-Tartuschi ist Muslim. In seiner Heimat dampfen Bäder, erhellen Lichter nachts die Pflasterstraßen – eine Kulturmetropole. Christen, sagt er, habe er schon gesehen: „Du siehst nichts Schmutzigeres als sie. Sie reinigen und waschen sich nur ein- oder zweimal im Jahr mit kaltem Wasser. Ihre Kleider aber waschen sie nicht, seitdem sie sie angezogen haben, bis sie in Lumpen zerfallen.“ Außerdem, und damit bleibt er stehen, will er wissen, wo wir sind. Ich öffne den Mund, aber da höre ich: „Tief im heidnischen Waldgebiet Isarnho längs des Barbaren-

meeres!“ Die Stimme kommt hinter einem Baum hervor, und nun auch der dazugehörige Mann in dunklem Mantel und Filzkappe. Orm braust auf: „Barbaren?“ Der Fremde unbeirrt freundlich: „Alle in heidnischem Irrglauben befangen.“ Wir sollten nicht ängstlich sein, Gott sei mit uns, denn Gott sei mit ihm, und er sei **ADAM VON BREMEN**. Orm brummt.

Wer irrt, entscheidet die Geschichte. Sie ist mit Adam, der glaubt, im 11. Jahrhundert zu sein. Um Orm vom Gesang abzulenken, erkläre ich ihm, dass Christen bald nicht mehr verklavt und Priester aus dem Land gejagt würden. Bald werde in Nordelbien ein neues Spiel populär: das Kirchspiel – auch wenn es nicht allen Spaß bringe. Christliche Kreuzfahrer schleifen Runenschrift und Götzen. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation verbreite sich flächendeckend. Ich fürchte, für Menschen seines Schlages sei da kaum noch Platz. Bescheiden senkt Adam das Haupt. Orm verfällt erneut in gewittriges Jaulen.

Nacktbad mit Klopstock

Uns kommen die Tränen. Verschwommen bemerke ich eine Bewegung, ein Rascheln. Ich reibe die Augen und kann gerade noch verfolgen, wie ein nacktes Männlein von etwa 50 Jah-

ren quer durchs Nassgrün flitzt, in den Bach hüpf und singt: „Sing, unsterbliche Seele, der sündigen Menschen Erlösung!“ At-Tartuschi sieht gen Himmel und auf mich, ich seh sein Auge tränenvoll, er legt seine Hand auf meine und sagt: „Klopstock!“ Ich staune über den Gebildeten. Tatsächlich, das also ist er: **FRIEDRICH GOTTLIEB KLOPSTOCK**, der 1776 nach Kiel reist. Klopstock, der Hohepriester der Empfindsamkeit. Klopstock, der in dänischen Diensten seinen „Messias“ dichtet. Klopstock, der gern Pause macht im unweit gelegenen Emkendorf, dem selbst ernannten, wiewohl arg frömmelnden Weimar des Nordens. Klopstock, der in der Levensau pudelnackt Orms Arie dirigiert – wir übrigen drei stehen beklommen.

Was kümmert den Bauern die Grenze

Während die Sinne schwinden, frage ich mich, mit welcher Unbekümmertheit Klopstock da mit einem Satz Jahrhunderte übersprungen hat. Als wäre an dieser Grenze nichts Größeres passiert all die Jahre.

Doch das stimmt nicht. Vielleicht ist hier alles so undurchdringlich grün, weil unmerklich das, was lange trennte, langsam immer mehr zum verbindlichen Schleifenband der Nach-

barn wurde. Schleswig und Holstein sollten spätestens seit 1460 „ewich tosamende ungedeelt“ (Christian I. von Dänemark) sein, eine Knautschzone zwischen Dänen und Deutschen, Königreich und Kaiserreich.

Ein gemeinsamer Landesherr sollte Aufsicht führen, ein gemeinsamer Landtag über Schleswiger und Holsteiner beraten, oftmals hier, an der Levensau, oder, wie es hieß, „auf“ der Levensau, als wäre der Bach eine Brücke...

Wäre sie bloß eine! Schwere Hufe, Räderrumpeln. Schön, es übertönt Orm. Oben auf der Böschung sehen wir einen Karren mit angespanntem Ochsen. Ein Lumpenmann bietet mit unflätigen Worten ein Königreich für eine Brücke. Auf seinem Hof habe zu Fastnacht 1629 ein ganzer Haufen Soldaten Nachtlager gehalten, Getreide, Vieh und Weib entrissen. Nichts sei übrig, nur sein Ochse, etwas Bier, Flachs, Talg und Speck. Er wolle übersetzen, dürfe das nach Recht und Gesetz aber nur in Rendsburg an der Eider-Zollstation. Das sei ihm zu teuer. So einig ist das Land doch nie, dass nicht jede Stadt und jeder Landesherr an Weg und Ufer abkassiert.

Nun bevölkert es sich doch: Unser Quintett an und in der Levensau, eine Böschung höher der Lumpenmann, dazu nähern

Ereignisse in zeitlicher Reihenfolge

730	808	1066	1082	1460	17. Jh.	1721 – 1830	1806	1848 – 1851	1864 – 1867	1871	1920
Erste Bautätigkeit am Danewerk, mit dem sich die Dänen nach Süden schützen.	Dänische Gründung der Wikingersiedlung Haithabu.	Zerstörung Haithabus durch Slaven.	Erster Nachweis einer Steinkirche in Schleswig.	Das Privileg zu Ripen untermauert die Selbstständigkeit von Schleswig und Holstein. Beide sollten einem gemeinsamen Landesherren unterstehen.	Immer wieder versehren Kriege das Land. Durchziehende feindliche und befreundete Söldnerhorden lassen betroffene Dörfer verarmen.	Integration der Herzogtümer Schleswig und Holstein in den dänischen Gesamtstaat.	Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.	Erfasst von der Welle der Märzrevolution erheben sich Ständevertreter Schlesiens und Holsteins gegen Dänemark.	Preußen annektiert die Herzogtümer Schleswig und Holstein.	Schleswig-Holstein wird Teil des Deutschen Reiches.	Nach einer Volksabstimmung bleiben Südschleswig und Holstein deutsch, Nordschleswig fällt an Dänemark.



Die Levensau bei Kiel, ehemaliger Teil der deutsch-dänischen Grenze.

sich ihm zwei Berittene, deren Rock und Schleife so elegant aussehen, als hätten sie nichts mit den Wirren des Dreißigjährigen Kriegs zu tun. Einer trägt im breiten Gesicht eine spitze Nase und darauf ein lustiges kleines Brillchen. Er sei Advokat und Demokrat, stellt er sich vor, und möchte bemerken, dass dieser Bach Rechtsräume trenne: drüben Jütisches Recht, hüben Sachsenspiegel und Römisches Recht. Schöner wäre es doch aber: Alles wäre eins. Dem Bauern auf dem Bock ist es einerlei: Der Bauer zahle dem Herrscher Abgaben, was kümmern es den Bauern, welchen Namen, Fahne und Gesetzbuch der Landesherr trage und welche Marodeure welcher Länder seinen Hof plündern? Drischt mit dem Stock dem Ochsen in die Flanke und kartt ins nasse Dunkel. Seine Flüche machen Orm verlegen. Adam betet.

Harre aus, mein Vaterland!

Klopstock klettert klamm ans Ufer. Regen trommelt. Wind kommt auf. Die Reiter klappen ihre Kragen hoch und traben an, ohne uns wahrzunehmen. Zu schnell, zu tief sind sie in ihr Gespräch versunken. Der bisher stumme Reiter sagt ungefähr, er gäbe ihm, **OLSHAUSEN**, gerne recht: Alles solle eins sein –

alles bis zur Eider müsse ganz in dänische Hand! Der andere lacht: Nein, lieber Eiderdäne, ganz Schleswig-Holstein gehöre in den Deutschen Bund. Bevor der Erste widerreden kann, schmettert Olshausen: „Schleswig-Holstein stammverwandt, /Harre aus, mein Vaterland!“ – beim mundartlich geeierten „auuus!“ stößt mich at-Tartuschi an: viel habe sich im Sangverhalten nicht geändert. Schon sind die Reiter fort. Mir ist, als sei an uns mit schneller Nationalbewegung das Jahr 1848 vorbeigezogen – was dröhnt da? Gellen von ferne patriotische Parolen von 1830, Kanonendonner von 1850 und 1864, aus Düppel und Eckernförde? Oder die Salven, mit denen Schleswig-Holstein 1871 im Kaiserreich begrüßt wurde? Orm, der die Landeshymne übt? Da zucken Blitze.

Die Eider am Ende

Klopstocks naturgrüner Tauchanzug aus Algen heitert uns auf. Der Dichter klappert mit den Zähnen. Adam breitet seinen braunen Mantel über ihn. Um von sich abzulenken, erkundigt sich Klopstock, wie die Geschichte ausgehe. Doch niemanden interessiert das ewige Hickhack der wechselnden Fürsten. Artig unterrichte ich, dass Levensau und Eider ihre Bedeutung per

Volksabstimmung verlören: 1920 entscheiden sich die Nordschleswiger für Dänemark, die Südschleswiger für Deutschland. Seitdem verlaufe die Grenze kurz nördlich von Flensburg ... da schreckt Orm auf: „Ich bin Deutscher?“ Staunenswert: Woher will er Flensburg kennen?

Nacht ist es geworden. Das Gewitter zieht vorbei, doch es gießt. Der Wind trägt das Rollen der Schiffsmotoren aus dem Kanal zu uns. Ihre Positionslichter gleiten durch Waldschwarz und Regenfäden. Wem erzähle ich noch, wie vorbildlich sich Deutsche und Dänen benehmen, heute, wenn beide Staaten ihre nationalen Minderheiten prima berücksichtigen? Trockenheit suchend bilden wir einen Kreis um eine dicht belaubte Eiche: der heisere Orm, der fromme Adam, der fröstelnde Klopstock, der verschnupfte at-Tartuschi und ich. Eingehakt drücken wir uns an die runzlige Rinde. Immer näher rücken wir zusammen, werden stumm und werden Stamm.

AUTOR: DR. GERALD KOLL

Geboren 1966, lebt in Kiel und Berlin. Reiseartikel erschienen u. a. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Er schreibt über Filme und dreht selbst Filme, zuletzt „88 – pilgern auf japanisch“ (2008).

FOTOGRAFIE: BIRGIT RAUTENBERG

Geboren 1969, studierte Fotografie bei Prof. Dirk Reinartz an der Muthesius Kunsthochschule in Kiel. Im Frühjahr erschien ihr erstes Buch „Musterhaus“ bei Darling Publications Köln.

Ein Monstrum als Modell



Die Kritik am deutschen Föderalismus ist so alt wie der Bundesstaat selbst. Die Anläufe zu einer Totalreform sind stets gescheitert, als erfolgreicher erwies sich die pragmatische Fortentwicklung des Bestehenden.

Quaternionenadler, 1510

Darstellung des Reichsadlers mit den Wappen der Glieder des Heiligen Römischen Reiches in den Flügelfedern.

Aus der Perspektive des Auslands war die Ursache für Deutschlands Krise klar. Den landestypischen Föderalismus machte der fremde Beobachter für die allseits beklagten Missstände verantwortlich. Zwar werde der Repräsentant der Zentralgewalt formal noch von allen anerkannt, schrieb er, doch übe er „seine Herrschaft offensichtlich wie ein Bettler aus, und seine Macht ist gleich Null“. An die Landesfürsten gewandt, fügte er hinzu: „Ihr gehorcht ihm nur, soweit ihr wollt, und ihr wollt so wenig wie möglich.“

Der Humanist Enea Silvio Piccolomini, frischgebackener Kardinal und wenig später als Pius II. Papst, forderte in seiner 1456/57 verfassten „Germania“ eine Föderalismusreform für das Land nördlich der Alpen ein. Als ehemaliger Sekretär des deutschen Kaisers hatte er aus der Nähe miterleben können, wie die mächtigen Kurfürsten den Monarchen ständig ausbremsen. Und nun, als Interessenvertreter der Kurie, musste der sprachgewandte Kosmopolit den Vorwurf zurückweisen, allein die römische Kirche und der ferne Papst trügen die Schuld am beklagenswerten Zustand Deutschlands. Die Debatte führte auf den Konzilen von Konstanz und Basel zu dem Versuch, den Einfluss des Papstes in Deutschland zu begrenzen – und im 16. Jahrhundert schließlich zu Luthers Reformation.

Auf den Reichstagen sollte nun auch die weltliche Ordnung jener „Reform an Haupt und Gliedern“ unterworfen werden, die den Konzilsmitgliedern für den kirchlichen Bereich vorschwebte. Die veröffentlichte Meinung, deren Gewicht durch den beginnenden Buchdruck schlagartig wuchs, war sich in ihrer Föderalismuskritik weitgehend einig. Große Beachtung fand neben der Streitschrift Enea Silvio Piccolominis die „Reformatio Sigismundi“. Diesen angeblichen Plan für eine Reichsreform hatte ein anonymes Autor zu Beginn des 15. Jahrhunderts dem damaligen Kaiser Sigismund zugeschrieben. Nur eine Steigerung der kaiserlichen Zentralgewalt bis zur Omnipotenz konnte demnach das Reich retten, unter möglichst weitgehender Ausschaltung der Fürsten.

Die Serie von Föderalismusreformen sollte während der nächsten fünf Jahrhunderte nicht mehr abreißen. Mit keiner einzigen dieser Reformen waren die Zeitgenossen wirklich zufrieden. Von dieser Regel gab es nur zwei Ausnahmen. Die Reichsgründung von 1871, die Preußen zum dominierenden Einzelstaat machte, wurde von den Föderalismuskritikern ebenso begrüßt wie das 1933 erlassene „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, das die Einzelstaaten als eigenständige Machtfaktoren für zwölf Jahre außer Gefecht setzte. Dass Zentralisierungsversuche in Deutschland

stets unter autoritären Vorzeichen unternommen wurden, anders als etwa im revolutionären Frankreich, diskreditierte sie nachhaltig. Vor allem die Erinnerung an die nationalsozialistische „Gleichschaltung“ ließ nach 1945 eine durchgreifende Reform des deutschen Föderalismus nicht ratsam erscheinen.

Gescheiterte Großreform

Langfristig war das vermeintlich halbherzige Nachbessern, die pragmatische Fortentwicklung des bestehenden Föderalismus auch erfolgreicher. So kam es einige Jahrzehnte nach der Streitschrift des Enea Silvio Piccolomini tatsächlich zu einer Reichsreform, als der 34-jährige Habsburger Maximilian I. im Jahr 1493 die Nachfolge seines Vaters Friedrich III. antrat. Juristisch festgeschrieben waren die Regularien des deutschen Frühföderalismus noch nicht – mit Ausnahme der „Goldenen Bulle“ von 1356, die das Verfahren der Kaiserwahl durch die sieben geistlichen und weltlichen Kurfürsten regelte. Das eröffnete den Landesfürsten die Möglichkeit, für ihre Stimmabgabe Bedingungen zu stellen. Der Kaiser musste vor der Wahl „kapitulieren“, also in einem schriftlichen Dokument die Grenzen seiner Herrschaftsgewalt akzeptieren. Je größer die Macht des jeweiligen Monarchen erschien, desto umfangreichere Zugeständnisse musste er machen.

Der ehrgeizige Maximilian wollte diese Hindernisse überwinden und in Deutschland eine Zentralmacht etablieren. Vorbild waren Länder wie Frankreich, wo sich in dieser Zeit eine einheitliche Staatsgewalt herausbildete. Das Reich sollte im internationalen Wettbewerb bestehen. Dieser Anspruch korrespondierte mit einer weit ausgreifenden Außenpolitik, die Maximilians Vater mit einer geschickten Heiratspolitik bereits vorbereitet hatte.

Der Kaiser traf am 18. April 1495 in Worms ein, um auf einem Reichstag mit den Entsandten der deutschen Klein- und Kleinststaaten zu verhandeln. Als die Unterhändler im August wieder auseinandergingen, hatten sie tatsächlich die bis dahin umfassendste Reichsreform zustande gebracht. Der Kaiser bekam sein Geld in Form des „gemeinen Pfennigs“, einer bis dahin nicht existenten zentralen Reichssteuer. Vor allem einigte man sich auf einen „Ewigen Landfrieden“, der das Fehderecht ablöste und streitlustige Feudalherren auf das neu geschaffene Reichskammergericht verwies. Neben die Reichstage, die Vorläufer des Bundesrates, trat nun ein Gericht als zweite Autorität im Lande. Hier liegen die Anfänge des überwältigenden Vertrauens, das heutige Bundesbürger dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht entgegenbringen.



Reichstag zu Augsburg, 1530
Im Reichstag traten die Entsandten der zahlreichen deutschen Staaten zusammen.

Kunst des Nichtentscheidens

Auch wenn noch einige Gesetze folgten – so erließ der Kaiser 1532 die bereits seit 1498 geforderte Peinliche Halsgerichtsordnung, ein einheitliches Strafgesetz –, betrachteten die interessierten Zeitgenossen die Ergebnisse der Reichsreform als dürftig. Die Errichtung des Kammergerichtes wurde in ihrer grundlegenden Bedeutung zunächst nicht erkannt. Nach einer kurzen und heftigen Reformphase im Umfeld des Wormser Reichstags breitete sich der Katzenjammer aus, der für die Zeit unmittelbar nach Reformperioden typisch ist. Aus der historischen Distanz betrachtet, waren weniger die konkreten Beschlüsse das Problem als vielmehr die illusionäre Vorstellung einer Totalreform.

Das „Alte Reich“, wie die Historiker sagen, bestand aus Hunderten größtenteils kleiner und kleinster Herrschaftsgebiete, die selbst das heutige Bremen oder das Saarland als Großmächte erscheinen lassen. Als freie Reichsstädte genossen nicht nur große und mächtige Gemeinwesen wie Nürnberg, Augsburg oder Frankfurt am Main nahezu vollständige Autonomie, sondern auch Provinzstädte wie Dinkelsbühl, Ravensburg oder Weil der Stadt. Selbst manch ein kleiner Weiler musste als „Reichsdorf“ keinen Herrn über sich dulden als den Kaiser. Auf der anderen Seite des Machtspektrums standen die beiden einflussreichsten Gliedstaaten, die als einzige im Konzert der europäischen Großmächte mitspielten: Österreich und Preußen. Vergleichbar waren sie am ehesten mit dem heutigen Bayern oder Nordrhein-Westfalen, die in Ansätzen ebenfalls eigene Außenpolitik treiben.

So schmähten schon die Zeitgenossen das Reich als einen „irregulären und einem Monstrum ähnlichen Körper“, wie es der Jurist Samuel Pufendorf im 17. Jahrhundert formulierte. Noch in der Föderalismusdebatte der Gegenwart dominiert die negative Sicht aufs Alte Reich. Der frühere Außenminister Joschka Fischer antwortete im Sommer 2006 auf die Frage, wer schuld sei an der deutschen Krise und der mangelnden Reformfreude, mit zwei knappen Worten: „Die Kurfürsten.“ Vor der Folie des machtbewussten und zentralisierten Nationalstaates aus dem 19. Jahrhundert, der mit seinen Beamten bis ins letzte Dorf hineinregierte, mochte das Reich tatsächlich als antiquiert erscheinen. Doch haben die Historiker in den vergangenen Jahrzehnten erkannt, dass womöglich nicht der Nationalstaat der historische Normalfall ist, sondern gerade die sorgfältig austarierten Formen politischer Herrschaft, wie sie im Heiligen Römischen Reich praktiziert wurden.

Kultiviert wurde in solch einem politischen System vor allem die Kunst des Nichtentscheidens. Das war in Deutschland nach den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges allerdings eine zivilisatorische Errungenschaft, ganz ähnlich wie im zerstörten Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Solange die Fürsten auf der Bühne des Reichstags noch verhandelten, gab es um die strittigen Fragen wenigstens keinen Krieg. An die fein austarierten Kompromisse in Glaubensfragen traute sich niemand heran. Katholiken und Protestanten befolgten die simultane Nutzung der Hauptkirche im sächsischen Bautzen so penibel wie den turnusmäßigen Wechsel katholischer und protestantischer Bischöfe im Fürstbistum Osnabrück.

Vom Reich zum Bund

Äußere Kriege und Krisen führten dann zur Auflösung des Reichsverbandes, gleichzeitig aber zu einer Bereinigung der buntscheckigen Landkarte. Es war eine Föderalismusreform im doppelten Sinn, von der vor allem die großen Territorien profitierten. Nachdem die linksrheinischen Gebiete von französischen Revolutionstruppen besetzt waren, verabschiedete der Immerwährende Reichstag in Regensburg auf seiner letzten Sitzung am 25. Februar 1803 einen „Hauptschluss der außerordentlichen Reichsdeputation“, der die betroffenen Fürsten mit Gebieten auf der rechten Seite des Rheins entschädigte. Ermöglicht wurde das durch die Auflösung der geistlichen Fürstentümer.

Während in den protestantischen Teilen Deutschlands der Landesherr weiterhin oberster Kirchenherr blieb, war in den katholischen Gebieten die Trennung von weltlicher und geistlicher Gewalt damit durchgesetzt. Allerdings um den Preis, dass dem „Heiligen Reich“ nun einer seiner Grundpfeiler fehlte: die geistlichen Kurfürsten von Köln, Mainz und Trier, die bei der Kaiserwahl eine entscheidende Rolle spielten, ebenso wie die mächtigen Fürstbischöfe von Paderborn bis Bamberg. Als sich die süddeutschen Fürsten 1806 mit Napoleon verbündeten, der sie mit weiterem Statusgewinn belohnte, war die Revision der deutschen Landkarte perfekt.

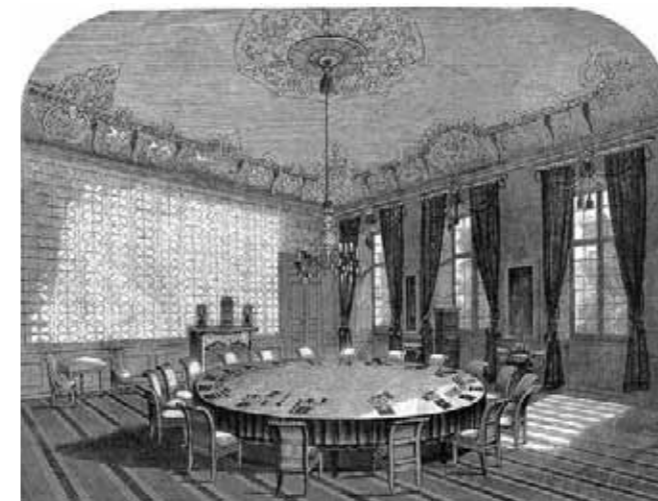
Am 6. August 1806 begab sich ein kaiserlicher Herold auf den Balkon der Wiener Kirche Am Hof, auch „zu den neun Chören der Engel“ genannt. Er verlas eine Erklärung des römisch-deutschen Kaisers Franz II. Darin verkündete der Monarch als Reaktion auf ein Ultimatum Napoleons, „dass Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen“. Gleichzeitig sagte er sämtliche „deutschen Provinzen und Reichsländer von allen Verpflichtungen, die sie bis jetzt gegen das deutsche Reich getragen haben, los.“ Mehr als tausend Jahre nach der Kaiserkrönung Karls des Großen war das Heilige Römische Reich aufgelöst.

Der Wiener Kongress 1814/15 stellte zwar die vorrevolutionäre Herrschaftsordnung wieder her, ließ aber die territorialen Veränderungen der napoleonischen Ära im Wesentlichen unangetastet. Auf dem Gebiet des Alten Reiches hatte sich die Zahl der selbstständigen politischen Einheiten auf rund drei Dutzend reduziert, darunter neben dem Kaiser von Österreich die Königreiche Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg. Die radikale Veränderung der Landkarte war zementiert. Der Wunsch nach Wiedervereinigung zu einem Reich war bei den Fürsten nicht sehr ausgeprägt. Die kleinen Territorien, die auf den Gesamtverband am meisten angewiesen waren, hatten sich überwiegend aus der Geschichte verabschiedet. Für die Größeren hingegen, die schon zuvor eine weitgehend selbstständige Politik betrieben, hatte sich durch die Auflösungs-erklärung von 1806 nicht viel verändert.

An die Stelle des Reiches trat der Deutsche Bund, der nun auch formal nur noch eine Vereinigung weitgehend souveräner Einzelstaaten war. Statt des Reichstags in Regensburg tagte fortan in Frankfurt eine Bundesversammlung. Ähnlich wie bei der Wormser Reichsreform 300 Jahre zuvor war es dann eine mit der industriellen Revolution einsetzende neue Phase der Globalisierung, die dem deutschen Föderalismus einen neuerlichen Reformschub bescherte. Am 1. Januar 1834 trat der Deutsche Zollverein in Kraft, mit dem Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes der deutschen Einzelstaaten. Die peniblen Zollkontrollen, über die sich noch Georg Büchner in seinem 1836 erschienen Stück „Leonce und Lena“ lustig machte, sollten schrittweise wegfallen.

Zentralstaat Preußen

Das föderale Prinzip der Fürsten kollidierte mit der demokratischen Bewegung für den Einheitsstaat. Das Frankfurter Revolutionsparlament der Jahre 1848/49 scheiterte noch an der Aufgabe, Freiheit und Einheit zu verbinden. Die totale Abkehr vom Modell des Fürstenbundes, wie sie die radikale Linke propagierte, wäre zu jenem Zeitpunkt wohl nur um den Preis



Deutscher Bund, 1816
Der runde Tisch der Bundesversammlung in Frankfurt.

eines europäischen Krieges zu realisieren gewesen. Auch dies ist eine Konstante der Reformversuche im deutschen Föderalismus: Die Beharrungskraft der Einzelstaaten verband sich stets mit dem Interesse der übrigen Europäer, die Macht in der Mitte des Kontinentes durch das Gegeneinander der partikularen Kräfte zu zähmen.

Was 1848/49 misslang, vollendete Bismarck zwei Jahrzehnte später. Die Reichsgründung von 1871 gelang auch deshalb, weil der preußische Ministerpräsident penibel darauf achtete, die Rechte der „verbündeten Fürsten“ zumindest formal nicht zu beschneiden. Im Bundesrat, der nun endgültig seinen heutigen Namen trug, hatte Preußen bei der Stimmverteilung kein Übergewicht. Es umfasste zwar zwei Drittel des Gebiets und der Bevölkerung im neuen Reich, besaß im Bundesrat jedoch nur 17 von 58 Stimmen.

Faktisch wagten es die Gesandten der Fürsten nicht, im Bundesrat gegen das mächtige Preußen zu stimmen. Gegen den Reichskanzler votierte allenfalls das thüringische Fürstentum Reuß ältere Linie, mit zuletzt 70.000 Einwohnern kleinster Einzelstaat. Neu war, dass der Bundesrat als Organ der verbündeten Fürsten im neu eingerichteten Reichstag ein demokratisches Gegengewicht erhielt. Parlament und zentrale Reichsregierung traten nun als jüngste Verfassungsorgane an die Seite der drei älteren Institutionen Länderkammer, Gericht und Staatsoberhaupt.

Die Revolution von 1848/49 weckte dann auf allen Gebieten hochgesteckte Reformwartungen, die sich allerdings auch im Bereich der bundesstaatlichen Ordnung nicht erfüllten. Das föderale System blieb im Wesentlichen unangetastet, nur dass statt der Monarchen nun gewählte Ministerpräsidenten die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat bestimmten – und dass sich durch den Wegfall des gemeinsamen Staatsoberhauptes das politische System Preußens von demjenigen des Reiches endgültig entkoppelte. Der größte Einzelstaat erfüllte damit eine Doppelfunktion. Einerseits schien es durch seine schiere

Größe und seine effiziente Verwaltung das Gegenbild zum Föderalismus zu sein, ein Vorbild für einen schlagkräftigen Einheitsstaat, in dem sich auch die Einwohner von Hessen-Waldeck nicht länger mit ihren Provinzpolitikern herumschlagen müssten. Andererseits bildeten seine bis zum Ende der Republik bestehenden demokratischen Mehrheiten das föderale Gegenstück zu einer Reichspolitik, die von Krise zu Krise taumelte und bereits 1930 nicht mehr zu einer parlamentarischen Mehrheitsbildung imstande war.

Das entschlossene Eintreten des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und seines Innenministers Carl Severing für die Republik trug dazu bei, dass die radikale Rechte im Föderalismus das entscheidende Hindernis auf dem Weg zum machtsstaatlichen Aufstieg Deutschlands sah. Mit dem „Preußenschlag“ setzte Reichskanzler Franz von Papen die demokratisch gewählte Regierung des größten Einzelstaates 1932 kurzerhand ab, ein Jahr später lösten die Nationalsozialisten mit dem Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933 die Länder faktisch auf. Endlich hatten die Föderalismuskritiker erreicht, was sie jahrhundertlang vergeblich forderten. Genau wie der Erzrivale Frankreich war Deutschland nun ein Zentralstaat, der im Wettbewerb um militärische, politische und ökonomische Stärke nicht länger durch schwerfällige Entscheidungsabläufe behindert war.

Neuzuschnitt nach dem Krieg

Doch nicht alles am Föderalismus war gut, nur weil die Nationalsozialisten ihn bekämpften. Gerade in den Klein- und Kleinststaaten feierte die nationalsozialistische Bewegung ihre ersten Erfolge. Dort legte sie die Basis für ihren Erfolg im Reich, dem am Ende auch der demokratische Zentralstaat Preußen zum Opfer fiel. Andererseits können die schwerfälligen Entscheidungsabläufe, die Hitler am deutschen Föderalismus missfielen, durchaus Vorteile haben. Sein eigener Weg in den Untergang demonstrierte, dass rasch getroffene und



Revolution 1848/49
Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. (Eröffnung am 18. Mai 1848).



Hitler vor dem Reichsrat, 1932

Er erklärt, dass er keine Zentralisierung um jeden Preis anstrebe und das föderale System beibehalten wolle.

schnell umgesetzte Entscheidungen keineswegs zu langfristigen Erfolgen führen müssen. Dass ausgerechnet die Nationalsozialisten das Bundesstaatsprinzip so krass zurückgedrängt hatten, verschaffte dem Föderalismus nach 1945 zudem eine Ewigkeitsgarantie, die das 1949 erlassene Grundgesetz auch juristisch festschrieb.

Als Erstes traf es Preußen. Die Alliierten beschlossen nach dem Zweiten Weltkrieg, den größten Einzelstaat als „Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“ aufzulösen und durch kleinteiligere Länder innerhalb der einzelnen Besatzungszonen zu ersetzen. In vielen Fällen liefen die neuen Grenzen den Traditionen derart zuwider, dass kaum jemand an einen langen Bestand der Kunstgebilde glaubte. So wurde zum Beispiel das Rheinland entlang der britisch-französischen Zonengrenze willkürlich geteilt. Der nördliche Teil verschmolz mit Westfalen und Lippe zum Kunstprodukt Nordrhein-Westfalen. Der südliche Teil musste mit der ehemals bayerischen Pfalz, dem vorher von Darmstadt aus verwalteten Rheinhessen und der oldenburgischen Exklave Birkenfeld zu einem Gebilde namens Rheinland-Pfalz fusionieren. Die Hansestadt Bremen verdankte den Erhalt ihrer Eigenstaatlichkeit allein dem Interesse der USA an einem eigenen Hafen an der sonst von den Briten besetzten Nordseeküste.

Den kriegszerstörten Zwergstaat hielten nur wenige für „lebensfähig“, wie es damals hieß. Dennoch blieben alle Versuche zu einem Neuzuschnitt der Ländergrenzen vergebens – mit der einzigen Ausnahme Baden-Württembergs, das 1952 aus den drei Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden entstand. In Berlin und Brandenburg scheiterte ein Versuch zur Fusion der beiden Länder in den Neunzigerjahren bei einer Volksabstimmung. Zwei Volksbegehren zur Wiederherstellung der Länder Oldenburg und Schaumburg-Lippe fanden 1975 zwar eine Mehrheit, wurden aber vom Bundestag zurückgewiesen.

Und wieder scheiterten die Versuche, die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern grundlegend neu zu verteilen. In den Jahrzehnten nach dem Krieg weitete der Bund sein Mitspracherecht in Länderangelegenheiten als Gegenleistung für Finanzhilfen immer weiter aus. Dafür durften die Länder

bei der Gesetzgebung des Bundes über den Bundesrat immer mehr mitbestimmen. Die Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern vermischten sich zunehmend, die im Jahr 2006 beschlossene Föderalismusreform hat die Kompetenzen teilweise wieder entflochten.

Unverdrossen fordert jedoch etwa die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ eine „Reform der Reformfähigkeit“ in Deutschland. Sie sieht die föderalen Strukturen als Hemmschuh im internationalen Wettbewerb – wie schon die Föderalismuskritiker an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert. Die Diagnosen über das angebliche Scheitern der Reformversuche lasen sich schon damals ganz ähnlich. Dennoch spricht der jüngst verstorbene Regensburger Historiker Heinz Angermeier von einem „Gelingen der Reichsreform“. Dass es zu dem geforderten zentralen „Reichsregiment“ nicht kam, bedeutete für ihn lediglich das Ende einer „hypertrophen Reformvorstellung“.

Damit befindet sich Angermeier in Übereinstimmung mit seinem früheren Kollegen Friedrich Schiller. Der Jenaer Geschichtswissenschaftler fand in seiner „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“, aus der schließlich das Drama „Wallenstein“ hervorging, lobende Worte für die komplizierten Regelungen des Westfälischen Friedens von 1648. Das Vertragswerk hatte die Kompromisse aus dem 16. Jahrhundert noch einmal festgeschrieben – nach den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges, der im Kern um eine deutsche Föderalismusreform geführt wurde. Dieses oft geschmähte, in seinen Detailregelungen überaus verwirrende Grunddokument der Reichsverfassung war in Schillers Sicht gerade wegen seiner hohen Komplexität „das interessanteste und charaktvollste Werk der menschlichen Weisheit und Leidenschaft“.

AUTOR: RALPH BOLLMANN

Jahrgang 1969, leitet das Berliner Parlamentsbüro der tageszeitung. Er absolvierte die Deutsche Journalistenschule in München. Zuletzt erschien „Reform. Ein deutscher Mythos“. (wjs-Verlag Wolf Jobst Siedler jr.).

Es lebe die Republik!

Im föderalen Deutschland fühlt sich das Staatsoberhaupt nicht zuständig, wenn in Berlin die S-Bahnen zu voll sind. In Frankreich ist das anders.

Wenn Staatspräsident Nicolas Sarkozy nach Limoges kommt, sieht es aus wie ein Staatsbesuch. Um kurz nach elf landet an diesem Junitag die präsidentiale Falcon-Maschine auf dem Provinzflughafen der Stadt in Zentralfrankreich. Schon ein paar Stunden vorher ist ein Militärtransporter mit Geheimdienstlern, Personenschützern und Elitepolizisten angekommen. Die Wagenkolonne des Staatsoberhaupts wartet noch vor dem Flugzeug. Bevor sie sich in Gang setzt, riegeln die Beamten die Straßen ab. Andere laufen mit Spürhunden durch die Porzellanfabrik von Monsieur Bernardaud, die der Präsident als Erstes besucht. Die Kolonne rollt durch ein Spalier ein. Später trifft Sarkozy Unternehmer aus der Region und lokale Amtsträger. Sie wollen endlich eine TGV-Linie. Andere sorgen sich um die Ausstattung der Universitäten der Region. Schließlich kommen die Schulen zur Sprache, auch sie brauchen Geld.

Sarkozy verspricht, sich zu kümmern. Nachher sagen die Leute auf der Straße vor Bernardauds Fabrik, was sie von ihrem Präsidenten erwarten: Dass endlich mehr Netto in der Geldbörse bleibt! Dass die Schulranzen nicht schon wieder teurer werden! Dass die Kinder etwas lernen, die Mütter wieder sorglos auf die Straße gehen können, die Bauern ordentliche Preise für ihre Aprikosen bekommen. Dass die Bahn regelmäßig kommt und der Strom billig bleibt.

Das ist üblich, dafür ist Sarkozy gewählt worden. Im seit Jahrhunderten zentral von Paris aus regierten Frankreich erwarten die Bürger, dass der Präsident handelt. Und er, den die Zeitschriften den „Omnipräsidenten“ genannt haben, greift nur zu gern ein. Als sich zu Beginn des Jahres die Beschwerden über die ständig überfüllte Pariser S-Bahn-Linie A häuften, war es selbstverständlich, dass sich der Staatsoberhaupt zwischen der Vorbereitung auf die Präsidentschaft der Euro-

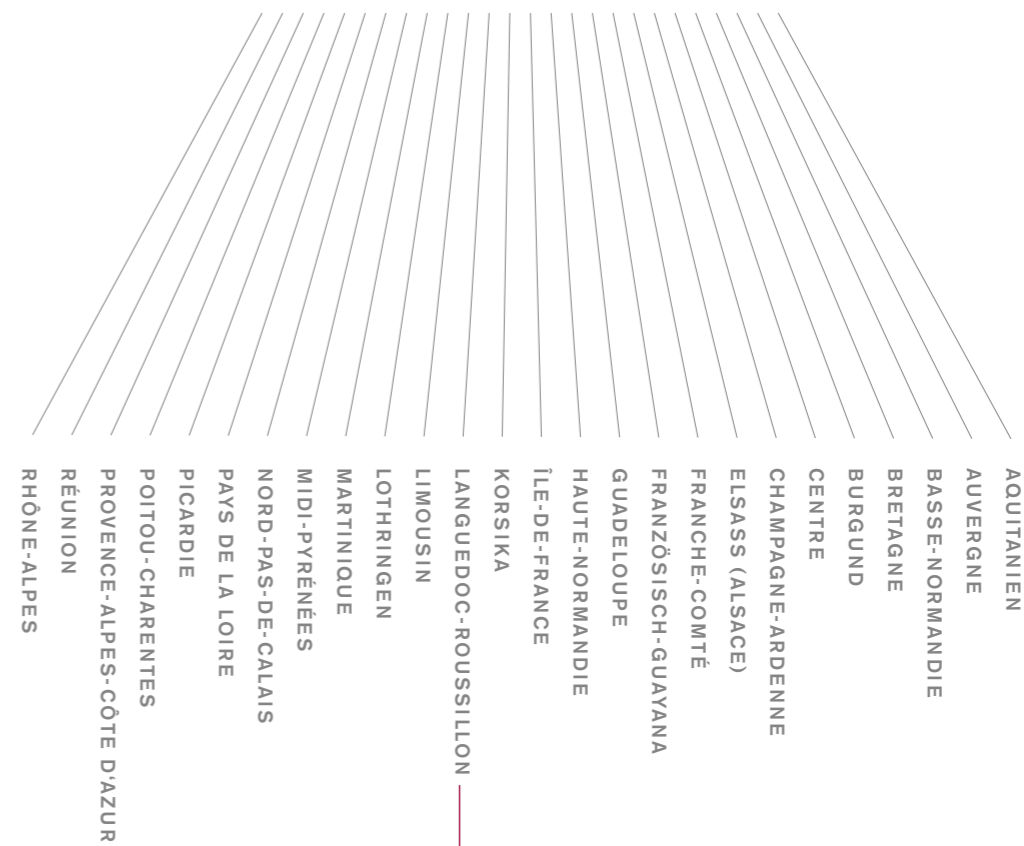
päischen Union und einer Friedensmission im Nahen Osten dieses Problems annahm. „Der Staat nimmt die Sache in die Hand“, kündigte Sarkozy an. Der Staatsoberhaupt verlangte von den Pariser Nahverkehrsbetrieben, die Situation abzustellen und setzte eine Kommission ein.

In Frankreich schwimmt das Globale mit dem Lokalen und derselbe Mann soll sich um beides kümmern. Knapp 220 Jahre Revolutionen haben ihre Spuren hinterlassen. Die Menschen haben den Anspruch, dass sich die Politik um ihren Alltag kümmert. Man kann zum Gare du Nord fahren und dort auf Céline Déjesus treffen, eine junge Krankenschwester, die öfter mal mit dem Zug nach Perpignan fährt. Sie sagt einem, dass der französische Staat weiterhin die Staatsbahn SNCF betreiben müsse, weil sonst die Unfallgefahr steige. „Und das Zugfahren wird mit Sicherheit auch teurer.“ Im Languedoc trifft man auf den Präsidenten des Winzerverbands, der selbst ein Weingut betreibt. Sarkozy solle dafür sorgen, dass die traditionellen Vorschriften nicht aufgeweicht werden, nach denen bestimmte Traubensorten nur in bestimmten Anbauregionen gepflanzt werden, sagt er. So ist das hier mit der Demokratie: Die großen Pläne kann auch der mächtigste Mann Frankreichs nur ungefährdet in Angriff nehmen, solange er die allerkleinsten Sorgen in der Region bedient. Das ist eben so in einem Zentralstaat.

Nie käme Sarkozy auf die Idee, zu sagen, dass er nicht zuständig ist. Nie würde er auf Parlamentarier, Regionen, demokratische Institutionen verweisen, nie würde er bedauernd das unkontrollierbare Spiel der Marktkräfte im Mund führen, die Autonomie der Sozialpartner, die Zuständigkeit der Staatsbahn SNCF für die Fahrpläne oder die der Europäischen Union für die Agrarpolitik. Ein deutscher Politiker würde das wahrscheinlich machen. In Bund und Land ist politisch tot,



Der französische Staatspräsident ist das zentrale Oberhaupt der Republik.



Die 26 Regionen umfassen 100 Départements. Die Préfecture des Départements Hérault in der Region Languedoc-Roussillon steht in Montpellier.



wer einen Vorschlag, eine Initiative nicht mit allen Gremien abgestimmt und auf allen Ebenen abgeklopft hat. Nicolas Sarkozy dagegen hat oft genug gesagt, dass sein Prinzip der Voluntarismus ist. Das heißt, der Mann kennt bei seinen Vorschlägen keinen Sachzwang. Umsetzen müssen diese Vorschläge dann seine Minister, und sie dürfen auch sehen, wie sie mit den Problemen von Verfassungsrecht und EU-Regeln klarkommen.

Alte Pracht verkörpert den alten Zentralstaat. Doch der verwandelt sich

Unterdessen ist Sarkozy in Limoges vor dem Tagungszentrum am Rande der Stadt angekommen. Neben dem Präsidenten steht ein Mann in einer edlen Uniform, an den Ärmeln und an der Mütze Schmuck aus aufgestickten Eichen- und Olivenblättern. Mit Sarkozy zusammen begrüßt er die Gäste der Diskussion. Es ist der Präfekt der Republik im Département Haute-Vienne und der Region Limousin. Wie die beiden Amtsträger da stehen, sieht es aus wie ein Sinnbild des alten, unveränderlichen Frankreich. Der Präsident, die Verkörperung der Republik. Der Präfekt, ihr Statthalter vor Ort, in Paris vom Präsidenten ernannt. In allen Départements residiert er in einer Präfektur, die man schon von Weitem als das mächtigste Gebäude vor Ort erkennt: Hohe Fenster, ein verziertes Tor, im Hof wartet stets eine Limousine – überall eine Art kleiner Élysée-Palast. Wo immer er kann, bewahrt der französische Staat nach außen den ewigen Glanz der Republik. Wie sie hier stehen, der Präsident und sein Statthalter, man könnte meinen, ihr Land sei noch ganz das alte: der Zentralstaat, wie ihn Napoleon erfunden hat, die Konzentration aller Macht beim Präsidenten, wie sie de Gaulle durchgesetzt hat.

Doch das Bild täuscht. So wie in Frankreich oft die Formen täuschen. Wie man sie, der Tradition wegen, gern unangetastet lässt, während sich die Veränderungen unter der Oberfläche vollziehen (siehe Kasten S. 42). Inzwischen merken das die Präfekten, die in ihren Palästen mehr und mehr machtlos geworden sind. „Ich spüre unter ihnen eine leise Unruhe aufsteigen“, sagte neulich Jean-Pierre Dupont, lange Präfekt der

Hauptstadtregion Île de France, als „Le Monde“ sich mit dem Bedeutungsverlust der traditionsreichen Institution beschäftigte. „Heute finden sich die Budgets und der Apparat, um große Vorhaben umzusetzen, längst in den gewählten Regionalkörperschaften“, sagte Yves Colmou, dessen Personalberatung für die großen Regionen und Départementsverwaltungen im Land arbeitet.

Immer wieder hat es in den vergangenen 30 Jahren entschlossene Ansätze zur Dezentralisierung in Frankreich gegeben, immer wieder hat sich der Zentralstaat in Paris heftig gegen jeden Machtverlust gewehrt. Das Ergebnis ist ein Nebeneinander von Institutionen und Körperschaften mit ihren Apparaten und Kompetenzen, die sich teilweise überschneiden. So ist es in Limoges wie anderswo nicht immer einfach auseinanderzuhalten, wofür die Regionalpräfektur, wofür der Regionalrat zuständig ist, was die Präfektur des Départements Haute-Vienne macht und was die dort gewählten Vertreter.

Ein „Millefeuille“ soll der Präsident diese Struktur einmal genannt haben, eines jener Blätterteiggebäcke in denen sich tausend Ebenen unter-, über- und durcheinanderschmiegen, das Ganze aufblähen, das dann etwas schwer im Magen liegt. Süß und raffiniert ist es dennoch. Doch nun kündigt Sarkozy plötzlich an, dass er mit diesem Wirrwarr aufräumen will. Beim Treffen mit den Unternehmern in Limoges am Nachmittag sagt er, nach dem Ende der EU-Präsidentschaft werde er sich daran machen, die Regionalstruktur des Landes umzubauen. „Wir sind bei einem beispiellosen Maß an Komplexität angekommen“, hat der Präsident erkannt. Er weiß, dass das ein heikles Thema ist. Die Franzosen sind sentimental, wenn es um Traditionen geht, das haben sie in Umfragen deutlich gemacht, in denen es darum ging, ob möglicherweise die Départements abgeschafft werden. Außerdem geht es bei der Neuverteilung der Kompetenzen um Macht. Aber wenn Sarkozy ihn wirklich beginnt, ist der Umbau vielleicht durchschlagender als in Deutschland, wo der Föderalismus sich selbst reformieren soll – mit allen damit verbundenen Kompromissen. Denn in Frankreich entscheidet der Präsident eben erst einmal alleine.

Dezentralisierung ist in Frankreich Realität – auch ohne den Staat

Mehr noch als ein möglicher Umbau der Institutionen wirkt die kulturelle Dezentralisierung. Die alte Idee, nach und nach Institutionen von Paris in die Provinz zu verlagern, ist irgendwann versandet. Aber heute entscheidet immer weniger der Staat, wo die Zentren liegen. Firmen siedeln ihre Forschungs- und Verwaltungszentren immer häufiger in Südfrankreich an, andere entstehen im Osten oder im Westen des Landes. Die Hauptstadtregion scheidet oft schon wegen der Immobilienkosten aus. Gleichzeitig suchen hochqualifizierte Angestellte immer öfter gezielt in einer der anderen großen Städte des Landes nach Jobs, weil dort die Lebensqualität größer ist. Noch vor 30 Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass man außerhalb von Paris Karrieren anstreben kann. „Wir brauchen heute nicht mehr unbedingt Dezentralisierungspolitik, um zu dezentralisieren“, sagt Gérard Collomb, der Bürgermeister von Lyon. Man müsse sich nur anschauen, was in seiner Stadt geschieht, Industrieansiedlungen, Kulturveranstaltungen und so weiter. Überdies, fügt Collomb hinzu, Sorge schon die Europäische Union dafür, dass sich die Rolle des Zentrums Paris relativiere. Je mehr die Entscheidungen aus Brüssel kämen, desto mehr gewöhne man sich daran, dass sich nicht mehr alles auf die französische Hauptstadt zentriere. „Heute müssen wir uns ohnehin daran gewöhnen, grenzüberschreitend zu denken.“

Auch der Superschnellzug TGV hat ganz pragmatisch dafür gesorgt, dass sich die Haltung zur Zentrale verändert hat. In Lyon oder in Straßburg ist man von Paris aus in zwei Stunden. Nach Marseille und Bordeaux dauert es drei Stunden. Wer aber schnell in die Hauptstadt zurückkommt, wenn es sein muss, dem fällt es leichter wegzugehen. Während man also von dem Termin in Limoges zurück nach Paris rast, kann man sich darüber freuen, dass das funktionierende TGV-Netz auch einen der Vorzüge des französischen Systems der Entscheidungswege dokumentiert: Wenn der Staat nicht in den Siebzigerjahren entschlossen in den Schnellzug und die Strecken investiert hätte, gäbe es heute die schnellen Verbindungen nicht.

Szenenwechsel: Neu-Delhi, im Februar. Hier ist der Präsident nun auf einem richtigen Staatsbesuch. Am letzten Tag seiner Visite kommt Sarkozy am Abend in die französische Botschaft. Es gehört zum Standard, dass der Staatschef zu den Auslandsfranzosen spricht und ihnen versichert, dass die Nation bei ihnen ist. Sarkozy will heute Großzügigkeit zeigen. Er verspricht, dass der Staat bald das Geld für die internationalen Schulen übernimmt. Außerdem sollen die Auslandsfranzosen eigene Sitze in der Nationalversammlung bekommen. „Vive la France, vive la République“, schließt der Präsident, wie immer. Die Menge ist begeistert, auch solche, die nachher erzählen, dass sie eigentlich für Sarkozys Kontrahentin Ségolène Royal gestimmt haben. Der ganze Saal stimmt die Marseillaise an. Der Präsident, aufrecht stehend, gibt auf der Bühne den Ton vor. Wo er ist, ist Frankreich, wo Frankreich ist, ist dieses Lied. Hier, im Ausland, kann man es noch sehen, Frankreich ist eins, verkörpert in seinem Präsidenten, versinnbildlicht in einem Revolutionslied, verbunden in dem Bewusstsein dazuzugehören und vereint in der Selbstverständlichkeit, dass es der Staat ist, der diese Idee am Leben erhält. Oder, wie es der Präsident eben noch selbst gesagt hat: „Frankreich ist da, wo seine Werte sind.“ Dann wird Champagner ausgetrenkt. Ach ja, das gilt natürlich auch: Wo Frankreich ist, gibt es Champagner.

AUTOR: LUTZ MEIER

Jahrgang 1968, ist Auslandskorrespondent der Financial Times Deutschland in Paris und beobachtet die dortigen Verhältnisse mit dem geschulten Blick des langjährigen Medienspezialisten – vor seinem Umzug nach Frankreich war er Medienredakteur bei taz und FTD.

Deutschland, ein Fernsehmärchen

Wohl keine Krimiserie ist so typisch deutsch wie der TATORT. Wer kommt denn auch auf so was? Eine Serie, die eigentlich gar keine ist. Oder mehrere auf einmal. Mit viel zu vielen Kommissaren, die in zu großen Abständen an ganz unterschiedlichen Orten ermitteln. Und doch: Die Deutschen bleiben dran. Und das schon seit 1970.

Aber warum bloß?



Die erste Frage ist leicht zu beantworten: Das ZDF ist schuld. Seit 1963 sah sich das föderal organisierte „Erste Programm“ der Konkurrenz durch das zentral aus Mainz sendende „Zweite“ ausgesetzt. Das startete 1969 eine neue Krimiserie, in der Eric Ode als Kommissar Keller in München ermittelte. **DER KOMMISSAR** war ein großer Erfolg für den jungen Sender. Ein Erfolg, der die ARD unter Druck setzte: Denn die hatte ihre eigene, vom NDR produzierte Krimi-Reihe **STAHLNETZ** ein Jahr zuvor auslaufen lassen. Nun musste schnell eine neue her, um der Konkurrenz aus Mainz Paroli zu bieten.

Die Fernsehspielredaktion des WDR, des größten Senders der ARD, wurde damit beauftragt, ein tragfähiges Konzept zu finden. Dort entschloss man sich, mit der föderalen Struktur der ARD offensiv umzugehen: Die Serie sollte nicht nur, wie vorher schon **STAHLNETZ**, durch in ganz Deutschland verteilte, authentische Schauplätze Abwechslung bringen. Diesmal sollten die einzelnen Folgen auch dezentral produziert werden, und damit ein Abbild der Struktur des Patchwork-Senders und letztlich der ganzen Republik sein. Jeder der neun Sender sollte seinen eigenen Krimi mit einem eigenen Ermittler beisteuern und so die Möglichkeit haben, seine Region, die Dialekte und Eigenarten des jeweiligen Menschenschlages zur Geltung zu

bringen. Ein grundföderaler Gedanke: Qualität und Identifikation sollte aus der Vielfalt der Regionen und ihrer Menschen entstehen. Was heute innovativ klingt und an eine Serie wie CSI erinnert, die in Las Vegas, New York und Miami spielt, rief damals große Skepsis in den Programmdirektionen hervor. Eine Reihe mit ständig wechselnden, gleichwohl wiederkehrenden Hauptfiguren und Schauplätzen war ohne Vorbild. Würden die Zuschauer sich mit den einzelnen Ermittlern anfreunden können, auf deren nächsten Auftritt ja immer lange gewartet werden musste? Vorsichtshalber wurde die Krimireihe zuerst nur auf zwei Jahre angelegt, und um dem verunsicherten Zuschauer Kontinuität zu bieten, wurde anfangs in jedem **TATORT** der Ermittler durch einen schon bekannten Kollegen aus einem anderen Sendegebiet unterstützt. Allen Zweifeln und anfänglichen Unkenrufen zum Trotz bewährte sich die Grundidee jedoch rasch. Die anfänglich elf bis zwölf **TATORTE** im Jahr wurden sichere Quotenrenner, die regionaltypischen Ermittler Publikumsliebliche: Sei es der mürrische norddeutsche Finke, das bayerische Urgestein Veigl oder später der Ruhrpott-Rowdy Schimanski. Und schnell zeigte sich, dass sich das oft bürokratisch erscheinende Prinzip des föderalen Proporz noch in anderer Weise positiv auf die Serie auswirkte.

Schnellstart mit Folgen

Der erste **TATORT** trug den Titel „Taxi nach Leipzig“: Er erzählte eine deutsch-deutsche Geschichte vor dem Hintergrund der Ostpolitik Willy Brandts. Ausgerechnet der erste Teil der Serie also spielte nicht auf bundesdeutschem Boden, sondern in der DDR. Grund für diese schnelle Abweichung vom Konzept war die Eile, mit der die ARD die Antwort auf den erfolgreichen „KOMMISSAR“ ins Programm heben wollte. Da kam es gerade recht, dass ein gewisser Kommissar Trimmel schon ein Jahr vorher in einem NDR-Krimi mit dem Titel „EXCLUSIV!“ ermittelt hatte. Nun wurde der bereits produzierte zweite Film mit dem Hamburger Kommissar einfach als erster Teil der neuen Serie gesendet – und der spielte eben im Osten Deutschlands. Der Druck, nach dem Start rasch weitere Filme für die Reihe bereitzustellen, trieb auch andere der ARD-Sender zu kreativen Improvisationen: So wurde sogar einen Dokumentarfilm über Mannheim zum **TATORT**, die bald hinzugestoßenen Österreicher schickten ihren schon seit 1963 eigenständig ermittelnden Veteran Marek ins Rennen. Damit griff von Anfang eines der Prinzipien, die langfristig den Erfolg der Serie ausmachen sollten: Dadurch, dass die Folgen nicht zentral produziert wurden, sondern ganz autonom von den Fernsehspielredaktionen der einzelnen Sender, waren sie stets auch stilistisch höchst unterschiedlich. Neue Trends und Erzählmethoden wurden sehr schnell aufgegriffen: Experimentierfreudige Folgen wie „Tote Taube in der Beethovenstraße“ vom amerikanischen Regie-Haudegen Samuel Fuller oder „Frau Bu lacht“ des deutschen Filmregisseurs Dominik Graf sowie zahlreiche Grimme-Preise legen Zeugnis davon ab.

Ermitteln mit dem Koffer in der Hand

So weit zum ursprünglichen Konzept der Serie. Doch wie sieht es heute, 30 Jahre und 700 **TATORTE** später, mit der Idee der föderalen Krimiserie aus? Es hat sich etwas geändert. Während in den Anfangszeiten der Wiener Kommissar Marek noch seine Fälle im tiefsten Millieu löste und viele **TATORTE** vorsichtshalber untertitelt wurden, verschwand in den letzten Jahren das Landestypische immer mehr aus der Serie. Gerade sind die zwei letzten dialektsprechenden Kommissare in den Ruhestand geschickt worden: der bodenständige Bienzle aus Stuttgart und der leidenschaftliche Klassenkämpfer Ehrlicher aus Leipzig. Diesen Ablösungsprozess der Alteingesessenen lohnt es zu beobachten, denn die nachrückenden Kommissare sind von einem anderen Schlag. Bienzle, der bei seinem ersten Auftritt 1992 noch die Worte „Langsam Gächter – No nix Narrets“ sprechen durfte, wurde durch den zugereisten Kommissar Lannert ersetzt, dargestellt von Richy Müller. Der ist zwar



Von oben nach unten:
Kriminalhauptkommissar Trimmel, Oberinspektor Marek, Kriminalhauptkommissar Schimanski, Hauptkommissar Veigl, Kriminalhauptkommissar Palu.

gebürtiger Mannheimer, spielt aber einen Hamburger. Und spricht ein Hochdeutsch, das überall und nirgends erklingen könnte. Und die Leute im neuen Leipzig-**TATORT** – Polizisten wie Bevölkerung – sollten die nicht, ähem, sächseln? Martin Wuttke, geboren in Nordrhein-Westfalen, tut es garantiert nicht. Dass auch sein Kommissar Keppler ein Fremder in Leipzig ist, wird sofort überdeutlich: Als er zu Beginn des Films, kaum am Bahnhof eingetroffen, per Handy zu einem **TATORT** gerufen wird, sind die ersten Worte, die er spricht: „Wo ist das?“ Die ganze Folge über wird er seinen Koffer nicht auspacken. Waren ihre Vorgänger noch fest mit dem Schauplatz verbunden, stellen die neuen Krimis ausdrücklich Ermittler in den Mittelpunkt, die moderne Nomaden sind, keine regionale Bindung mehr haben. „Mein Name ist Lannert. Ich komme aus Hamburg, um die freie Planstelle hier zu besetzen“. So stellt sich der neue Stuttgarter Kommissar seinen Kollegen vor. Biografische Zufälle bringen diese Männer an ihren Arbeitsort, nicht Geburt und Neigung. Koffer oder Rucksack behalten sie in der Hand.

Doch warum dieser ausdrückliche Trend hin zur Hochsprache, weg von Dialekt und Milieu? Sicher spiegelt sich hier die veränderte Lebenswirklichkeit der Deutschen wider, von denen stärker denn je verlangt wird, mobil zu sein. Immer mehr leben und arbeiten nicht dort, wo sie aufgewachsen sind, und dieses Gefühl der Unverbundenheit mit den Eigenheiten einer Region findet seinen Reflex in den neuen nomadischen Kommissaren. Doch es gibt noch andere Gründe – da ist etwa die Angst der Sender, Zuschauer zu verlieren, die authentischen Dialogen auf Schwäbisch oder Sächsisch nicht folgen können oder wollen, vor einer gesunkenen Toleranz dem Eigenwilligen gegenüber also. Eine Folge zu senden, die, um verstanden zu werden, untertitelt werden müsste, ist heute kaum noch denkbar – Vorbilder wie die erfolgreichen, weltweit konsumierbaren US-Serien weisen einen anderen Weg. Nur die Münchener **TATORT**-Macher leisten sich noch ausdrücklich Mundartliches, bis in die Titel der Folgen hinein: Den Titel „A gmahde Wiesn“ wird sicher nicht jeder Norddeutsche so ganz verstehen. Dem Erfolg der Folgen des BR tut das keinen Abbruch. Der Trend zur Hochsprache wird vor allem von Fans der Serie kritisch verfolgt – so wurde auf einer Fanseite im Internet darüber abgestimmt, ob es wieder mehr Dialekt im **TATORT** geben sollte.

Deutschlandbild unter Verdacht

Ein weiterer Grund für den Trend zu Vereinheitlichung ist aber die Macht, die der **TATORT** darüber hat, wie die Deutschen ihr eigenes Land sehen. Denn über die Jahrzehnte hat die Krimireihe das Bild der Deutschen von ihrem Land entscheidend mitgeprägt – wo sieht man so viel von den Städten und Landstrichen Deutschlands wie im **TATORT**? Und nicht nur

von ihren Schokoladenseiten, die sonst so gerne präsentiert werden, sondern von den Hinterhöfen, den Büros, den Schrottplätzen? Und wo sonst schauen so viele zu? Diese Macht lässt den **TATORT** für Regionalpolitiker zu einem Mittel im Standortmarketing werden.

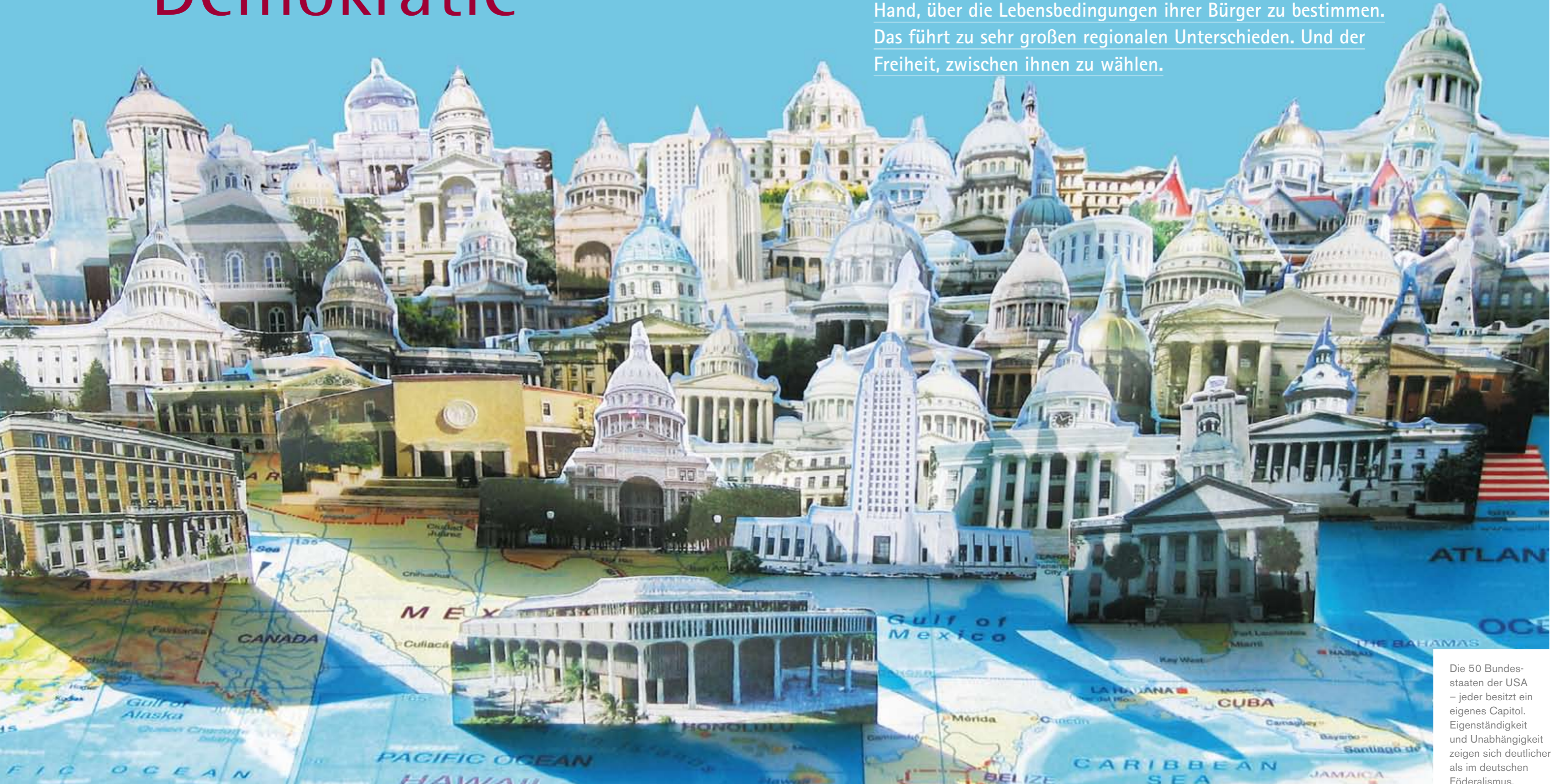
Die Stuttgarter etwa waren schon lange recht unglücklich über das von Trollingerschlotzern, dem schwäbelnden Bienzle und Kehrwoche geprägte idyllische Bild, das die **TATORTE** von ihrer Stadt zeichneten. Und darum kommt Stuttgart in dem neuen **TATORT** nun auch ganz anders rüber – modern, schnell, urban, mit einem weltläufigen Kommissar, der den Neckar für den Rhein hält. Und wenn man schon die Polizei nicht mehr nach dem Weg fragen kann – wie wirklich ist das **TATORT**-Deutschland, dessen Erschaffung doch mit einem fast dokumentarischen Anspruch begann, dann heute noch? Je weniger das Mundartliche, das Milieu, im **TATORT** seinen Platz hat, desto wichtiger werden typische Bilder von den Orten, um die unterschiedlichen Folgen noch unterscheidbar zu machen. War früher ein **TATORT** aus dem hohen Norden durch den Menschenschlag klar erkennbar, so muss heute der Kieler Axel Milberg ständig auf Fähren und vor Werftkränen posieren, um die Geschichte in der Region zu verankern, die Kölner Kommissare Schenk und Ballauf ihre rituelle Bratwurst vor dem Hintergrund des Kölner Doms verspeisen. Und nicht nur, dass diese Bilder das Authentische durch das Klischee ersetzen – mehr noch: Oft gibt es sie so vor Ort nicht einmal, wie die kölsche Imbissbude am Rheinufer. Und so erzeugt das große Krimiexperiment sein ganz eigenes Deutschlandbild – ein Bild, das, wie es sich für einen Krimi gehört, immer unter Verdacht steht.

Eine sehr deutsche Krimireihe eben: Einerseits höchst regional, wird sie doch als gesamtdeutsches Projekt wahrgenommen (oder, um korrekt zu sein, als deutsch-österreichisches). Der **TATORT** verleugnet das Landestypische und betont es im selben Moment, er zeigt Deutschland gleichzeitig so, wie es ist, und so, wie wir es uns vorstellen. In diesem Wechselspiel zeigt sich die große Leistung des **TATORTs**: In Zeiten der Globalisierung noch das Bewusstsein der Differenz mit einem großen Gemeinschaftsgefühl zu vereinen. Und das ist wohl auch das eigentliche Lebenselixier der Serie. Darum darf man sich schon Sorgen machen, wenn ein Autor des neuen Stuttgart-**TATORTs** sagt, seine Geschichte könne eigentlich überall spielen. Denn noch liegen zwischen Betrügereien rund um das Münchener Oktoberfest und einem schockierenden Fall aus Bremens sozialen Brennpunkten genug regionale Geschichten auf der Straße, die es einzusammeln gilt, um den Deutschen ihr Deutschland in seiner Buntscheckigkeit greifbarer zu machen.

U.B., S.S.

Im Labor der Demokratie

Die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ ist in Deutschland ein Verfassungsprinzip, das die Gestaltungsmacht des Bundes stärkt. Für einen Amerikaner ist das eine seltsame Idee: In den USA haben Bundesstaaten und Kommunen weitgehend freie Hand, über die Lebensbedingungen ihrer Bürger zu bestimmen. Das führt zu sehr großen regionalen Unterschieden. Und der Freiheit, zwischen ihnen zu wählen.



Die 50 Bundesstaaten der USA – jeder besitzt ein eigenes Capitol. Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zeigen sich deutlicher als im deutschen Föderalismus.

ITALIEN	
20 Regioni	20 Regionen 108 Province
Föderalismuskala:	★★★★★
<p>Vergleichbar mit den deutschen Ländern existieren in der Italienischen Republik seit dem Inkrafttreten der jüngsten Verfassung zwanzig dezentral organisierte Regionen. Im Senat der Republik, der kleineren der beiden Parlamentskammern, wird jede Region durch eine von der Bevölkerungszahl abhängige Anzahl von Senatoren vertreten. Außerdem können die Regionen bei Plebisziten und Volksbefragungen eine wichtige Rolle spielen. Die seit den 80er-Jahren geführte Föderalismusdebatte mündete 2001 in eine grundsätzliche Verfassungsreform, die die Dezentralisierung stärkte. 2005 sollte Italien durch eine weitere Verfassungsreform in einen Bundesstaat umgewandelt werden. Das Vorhaben scheiterte bei einer Volksbefragung im Juni 2006. Die konkrete Umsetzung der Reformen dauert bis heute an. In vielen Bereichen wie etwa dem Schulwesen werden die Gesetzgebungskompetenzen zukünftig zunehmend regional bestimmt.</p>	
FRANKREICH	
26 Régions	100 Départements 342 Arrondissements 4.039 Cantons 36.782 Communes
Föderalismuskala:	★★★★★
<p>Von den 26 Regionen der Französischen Republik liegen 22 im europäischen Mutterland. Sie sind insgesamt in 100 Départements unterteilt. Deren leitende Präfekten wurden bis zum Regierungsantritt François Mitterrands im Jahr 1981 direkt von der Regierung ernannt. Die Gesetzgebung ist nahezu ausschließlich die Kompetenz der Nationalversammlung und des Senates. Weitreichende Steuer- und Verwaltungsrechte gab die Regierung 1982 an die örtlich gewählten Regionalräte ab. Der Regionalrat wählt einen Präsidenten und mehrere Vizepräsidenten, die die Selbstverwaltung der Region leiten. Obwohl ein Zusatz zum ersten Verfassungsartikel seit dem 28. März 2003 die staatliche Organisation Frankreichs als dezentralisiert erklärt, entwickelt sich Frankreichs Abwendung vom Zentralstaat de facto nur langsam. Oft erfüllen Abgeordnete in ihrem Wahlkreis jahrelang zusätzlich das Amt des Bürgermeisters.</p>	

Um halb acht stehen bereits ein paar Hundert Familien Schlange vor der Turnhalle der John-F.-Kennedy-Grundschule im texanischen San Carlos. Das Straßendorf knapp 20 Kilometer von der Grenze zu Mexiko im Rio Grande Valley entfernt, beherbergt jeden Sommer für zwei Wochen ein Feldlazarett der Nationalgarde. Reservisten und Freiwillige untersuchen und behandeln hier Tag für Tag 400 bis 500 Anwohner, die sonst nicht zum Arzt gehen würden – entweder, weil sie sich keine Versicherung leisten können, leisten wollen oder weil sie als illegale Einwanderer Angst haben, Formulare auszufüllen.

„Wir führen die Operation ‚Lone Star‘ seit acht Jahren durch und schleusen jeden Sommer bis zu 8.000 Leute durch“, sagt Oberstleutnant Jim Jorrie von den Texas Medical Rangers, die sich mit dem karitativen Einsatz auf einen möglichen Katastrophenfall vorbereiten. Rund die Hälfte der Patienten, Säuglinge wie Rentner, sind eigentlich Fälle für einen Facharzt, schätzt Jorrie.

Aber nur ein Bruchteil wird den Ratschlag, einen Experten zu konsultieren, befolgen. Einige werden ein ganzes Jahr warten, bis die Nationalgarde wieder ihre Zelte in San Carlos aufschlägt. In den Gängen der Schule hängen Plastikbanner, die für die Grundphilosophie des Bundesstaates stehen: „Eigenständigkeit – Wir ziehen gute Bürger für Texas heran.“

★ In den USA macht jeder Staat sein eigenes Ding

Besser könnte es auch ein Politologe nicht auf den Punkt bringen. Texas, fast zweimal so groß wie die Bundesrepublik, ist so etwas wie der Freistaat der USA. Er verfolgt einen radikalen Kurs, wenn es um die Rahmenbedingungen für seine knapp 23 Millionen Einwohner und dort beheimatete Firmen geht: minimale Einmischung der Regierung, möglichst geringe Besteuerung und grundsätzliches Misstrauen gegenüber Direktiven aus Washington.

Die Legislative tritt nur alle zwei Jahre zusammen, es gibt keine Einkommensteuer (wie in acht weiteren der 50 Bundesstaaten) und deutlich niedrigere Schwellenwerte für Sozialleistungen der öffentlichen Hand. Wo der Staat nichts einnimmt, so die Logik, kann er auch nichts ausgeben. Das Schuldenmachen ist US-Staaten ohnehin verboten; defizitäre Budgets darf nur der Bund vorlegen.

Mit seiner historisch gewachsenen Abneigung gegen ein engmaschiges soziales Netz und dem Bekenntnis zu möglichst viel Freiraum für Unternehmer – vor allem im Energiesektor, dessen inoffizielle Hauptstadt Houston ist – steht Texas nicht allein da. Die Vereinigten Staaten sind genau das, was der Name besagt: ein Zweckbündnis aus einzelnen Regionen, die alle Rechte behalten, sofern sie nicht explizit in der Verfassung an Washington abgetreten wurden.

Das hat seit Gründung des Landes zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen geführt, sodass der Alltag im Rio Grande Valley nicht viel gemein hat mit dem in San Francisco oder auf dem flachen Land in Alabama. Selbst die aus der Hauptstadt verfügbten, bundesweit geltenden Regelungen für Sozialversicherung, Gesundheitswesen, Arbeitsrecht und Mindestlöhne definieren meist nur das absolute Minimum. Es ist den Staaten, Landkreisen und Gemeinden überlassen, an den Stellenschrauben so zu drehen, wie es dem Willen der wählenden Bevölkerung und den eigenen Wachstumszielen entspricht.

„Kein Mensch würde auf die Idee kommen, ein solches System absichtlich zu entwickeln. Es hat sich historisch aus dem Wunsch heraus ergeben, so viele Probleme wie möglich auf lokaler Ebene zu lösen. Daraus ist ein kaum zu überblickendes Puzzle aus überlappenden Verantwortlichkeiten, Vorschriften und Programmen geworden“, sagt David Garrison, der sich bei der Think Tank Brookings Institution in Washington mit Ballungsgebieten und Regionalismus beschäftigt.

Er nennt das Zusammenspiel aus 50 Staaten, 3.000 Landkreisen und unzähligen Kommunen einen Sandkasten, in dem jeder Teilnehmer seine eigenen Ideen zu denselben großen Themen durchspielt. „Texas ist ein klassisches Beispiel für den Laissez-faire-Staat, der nur minimale Regelungen erlässt.“

Andere Staaten gehen den entgegengesetzten Weg und füllen das von Bundesgewalten belassene Vakuum mit ihren eigenen Konzepten. Das kann erstaunliche Folgen für die lokale Wirtschaft haben. So gibt es einen landesweit vorgeschriebenen Mindest-Stundenlohn von 5,15 Dollar, der sich seit 1997 nicht verändert hat, aber jeder Staat kann seinen eigenen Mindestlohn nach Belieben anheben. Im Staat Washington etwa beträgt der Mindestlohn 7,63 Dollar. Einzelne Städte haben noch höhere Mindestlöhne verabschiedet, in San Francisco liegt er bei 8,82 Dollar, in Los Angeles bei bis zu 10,33 Dollar für Arbeitnehmer, die bei Subunternehmern im Auftrag der Stadt beschäftigt sind.

Während in Washington die Grundsatzdebatte darüber tobt, ob ein höherer Mindestlohn die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindert, schaffen einzelne Regionen eigene Realitäten und können damit steuern, ob Unternehmen und Arbeitnehmer einen Standort attraktiv genug finden, um dort zu investieren.



Eine ähnliche Vielfalt der Ansätze gibt es bei der Krankenversicherung für Bedürftige sowie für kleine und mittlere Betriebe – dem Rückgrat der US-Wirtschaft. Seit Präsident Lyndon B. Johnson Mitte der Sechzigerjahre der Armut den Krieg erklärte und ein bundesweites Fürsorgesystem namens Medicaid sowie Medicare für Senioren über 65 einführte, versuchen sich örtliche Behörden an der Feinjustierung dieser beiden Programme, die sich aus Bundes- und Staatsmitteln speisen.

Der Zugang zum Gesundheitswesen ist ein Problem, es sei denn, der Patient ist ein Fall für die Notaufnahme. Daneben ist das System kompliziert, und das betrifft nicht nur arme Familien, sondern auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Betrieben mit 50 oder weniger Beschäftigten. Sie sind gesetzlich nicht gezwungen, eine Krankenversicherung für ihre Mitarbeiter anzubieten, und schrecken oft vor den Kosten zurück. Und auch Amerikaner, die eine Versicherung haben, verlieren sie fast immer, sobald sie den Arbeitgeber oder den Wohnort über die Staatsgrenze hinaus

wechseln, da sich die Policen nicht übertragen lassen.

Diese Zerstückelung hat fatale Folgen. Immer kleinere Versicherten-Pools haben nicht nur die Kosten für die Mitglieder in die Höhe getrieben, sondern auch die Zahl der Nichtversicherten auf einen von sieben US-Bürgern steigen lassen. Für deren Behandlung müssen letztlich Krankenhäuser und Notärzte aufkommen – ein Problem, das alle Ebenen, vom Bund über die Staaten bis zu einzelnen Städten samt deren privaten Gesundheitsdienstleistern, direkt betrifft. Von den Ausfällen durch Krankheit für die Wirtschaft ganz abgesehen.

Da die Ausgaben für das US-Gesundheitswesen inzwischen rund ein Siebtel des Bruttoinlandsproduktes ausmachen und damit viermal so hoch sind wie der Verteidigungshaushalt, wächst der Druck auf Bundesstaaten wie Landkreise, neue Wege zu finden, um die Kostenspirale in den Griff zu bekommen.

Eine der wenigen Möglichkeiten, aus Washington Einfluss zu nehmen, ist die Definition der Armutsgrenze. Sie lag 2005 für eine vierköpfige Familie bei 1.613 Dollar im Monat oder 19.350 Dollar im Jahr. Zum Vergleich: Wer einen Vollzeit-job beim Einzelhandelsriesen Wal-Mart hat, bringt es im Jahr auf gerade mal 17.600 Dollar. Bis zu welchem Einkommen ein Arbeitnehmer allerdings Anspruch auf die öffentliche

DEUTSCHLAND		
16 Länder	22	Regierungsbezirke
	313	Kreise, Landkreise und kreisfreie Städte
	12.339	Gemeinden
Föderalismuskala:	★★★★★☆☆	
Gegenwärtig besteht die Bundesrepublik Deutschland aus 16 Ländern, darunter drei Stadtstaaten. Der Verwaltungs- und Regierungsaufbau ist jeweils ähnlich gestaltet, wobei die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern immer wieder zum Gegenstand von politischen Debatten wird. Viele Institutionen des Bundes wie das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig oder das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Bonn befinden sich außerhalb der Hauptstadt. Die Verfassung erlaubt den Ländern, sich neu zu strukturieren, wenn die Bevölkerung den Reformen zustimmt – so gibt es immer wieder Stimmen, die einen aus mehreren heutigen Ländern bestehenden Nordstaat fordern.		
USA		
50 Bundesstaaten	ca. 3.000	Counties und Parishes
	ca. 87.900	lokale Regierungseinheiten verschiedener Ausprägung und Souveränität
Föderalismuskala:	★★★★★★	
E pluribus unum (aus vielen eines) heißt der unbekanntere der beiden US-amerikanischen Wahlsprüche. Für jeden der 50 Bundesstaaten gibt es auf der Flagge ein Sternchen. Tatsächlich gibt es weltweit kaum ein Staatssystem, das seinen Teilstaaten mehr Souveränität zubilligt als die USA. Mit Ausnahme der Außenpolitik liegt die gesetzgebende Gewalt primär bei den Bundesstaaten, die ihr Recht und ihre Administration sehr unterschiedlich ausgestaltet haben. Zum Teil besteht ein Bundesstaat sogar aus Countries, deren politische Funktionsweise voneinander abweicht. Mitbestimmung ist mitunter ein alltäglicher Aspekt: In einigen wenigen kleineren Städten Neuenglands gibt es noch das jährliche „town meeting“, bei dem sich sämtliche registrierten Wähler versammeln, um Beamte zu wählen, Steuern zu beschließen und Gesetze zu erlassen.		



Krankenversorgung hat, welche Leistungen eingeschlossen sind und für welchen Zeitraum sie gelten – all das hängt vom Wohnort ab. So gewährt Texas nur bis zum rund Anderthalbfachen der Armutsgrenze Zugang zu Medicaid – und das nur für Frauen und Kinder bis 18, aber nicht für arbeitsfähige Männer.

Wer in der Grauzone zwischen völliger Armut und schlecht bezahltem Job von der Hand in den Mund lebt, sollte am besten so schnell wie möglich aus Texas wegziehen, denn in weiten Teilen der USA sieht es besser aus. Was in der Tat auch viele der Einwanderer tun, die die Pufferzone rund um Houston als Durchgangsstation zu anderen Orten in den USA nutzen.

★ **An der Ostküste denkt man eher europäisch**

Massachusetts liegt am anderen Ende des Spektrums und nimmt Familien bis zum Zwei- oder sogar Dreifachen der Armutsgrenze in sein medizinisches Programm auf – was bedeutend mehr an Eigenmitteln des Staates erfordert. Parlament und Gouverneur haben sich zudem im April auf ein Gesetz geeinigt, das dazu führen soll, die Zahl der Bürger ohne Krankenversicherung in den

kommenden Jahren von einer Dreiviertelmillion auf null zu senken. Künftig ist eine Police für Beschäftigte auch in Kleinbetrieben zwingend vorgeschrieben, einkommensschwache Firmen werden subventioniert.

Wer sich ab 2007 über die neu geschaffene Behörde in Boston keine solche Versicherung holt, wird entweder als Arbeitnehmer bei der jährlichen Steuererklärung empfindlich bestraft oder als Arbeitgeber mit einer Buße pro Beschäftigtem belegt. Das Experiment der flächendeckenden Absicherung, die Kleinbetriebe wie Einzelpersonen entlastet, ist eines der ersten seiner Art im Land und wird von anderen Staaten aufmerksam beobachtet.

„Massachusetts besitzt keine natürlichen Ressourcen außer seinen Einwohnern. Daraus speist sich unser Wohlstand und unsere Anziehungskraft als Standort“, sagt Noah Berger vom Budget and Policy Center in Boston. Deswegen bestehe der politische Wille, in die Ausbildung und gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu investieren. Viele Details des Gesetzes sind noch offen, und Kritiker unterschiedlicher Cou-

leur bemängeln, dass es zu weit oder nicht weit genug gehe. Aber zumindest ist es ein Schritt in die richtige Richtung, sagt Berger, dessen Dachverband regelmäßig die Etats und Gesetzesvorhaben aller Bundesstaaten analysiert und vergleicht.

Massachusetts nennt sich nicht ohne Grund Commonwealth-State (Gemeinwohl-Staat). Das Wohlstandsgefälle ist hier bedeutend geringer als andernorts, und Entwicklungspolitik, die eine ganze Region voranbringt, hat hier Tradition. Nicht umsonst war die Ringstraße Route 128 bei Boston einer der ersten Hightech-Korridore in den USA. Marken von DEC bis Polaroid siedelten sich hier an – gespeist von einem Netzwerk herausragender Hochschulen und neuen Unternehmen, die sich im Umfeld von Harvard, dem MIT oder der Boston University bildeten.

Während die Informationstechnologie letztlich gen Westen ins Silicon Valley abwanderte, weil sie sich dort auf der grünen Wiese neu erfinden konnte, ist der Ballungsraum um Boston weiterhin ein Zentrum für Biotechnologie. Die Branche fordert konstanten Nachschub an qualifizierten Fachkräften sowie einen lebendigen Arbeitsmarkt für den sekundären Dienstleistungssektor, der all den Wissensarbeitern zuarbeitet.

Kalifornien – die Hochburg der Informationstechnologie der zweiten Generation – bietet gegenüber der Ostküste einen für die Branche entscheidenden Vorteil, der nach Meinung von Regionalforschern wie AnnaLee Saxenian von der Universität Berkeley zu seinem anhaltenden Wachstum beiträgt: Der Staat erkennt Klauseln zum räumlichen und zeitlichen Wettbewerbsverbot in Arbeitsverträgen nicht an.

Das erlaubt es Forschern und Ingenieuren, in schneller Folge von einem zum nächsten Arbeitgeber zu wechseln, ohne längere Zwangspausen einlegen zu müssen. Es sind also nicht nur die guten Aussichten, einen Job zu vergleichsweise höheren Löhnen zu finden, die neue Arbeitskräfte nach Kalifornien ziehen, sondern auch die Möglichkeit, sich mit dem Segen des Gesetzgebers schneller als anderswo zu verändern – sei es 15 oder 500 Kilometer weiter.

Auf eine andere Art der Flexibilität setzt Texas. Im Rio Grande Valley rund um San Carlos haben sich mindestens eine halbe Million illegale Einwanderer angesiedelt, die in der Landwirtschaft oder in den fast 400 Sweat Shops entlang der mexikanischen Grenze arbeiten. Sie leben direkt an der verlängerten Werkbank, die das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA geschaffen hat, und Texas duldet das daraus resultierende Chaos als höchst lukrative Grauzone.

Die Einheimischen beobachten die Entwicklung mit Spannung und Entsetzen. „Was wir hier sehen,

ist nur auf den ersten Blick eine Ausnahme. Wir erleben einen demografischen Schnappschuss der USA, wie sie in 30 Jahren sein werden“, glaubt Brian Smith von der Gesundheitsbehörde Südtexas. Soll heißen: viele Einwanderer und rapides Wachstum, das die Ordnung auf dem flachen Land innerhalb weniger Jahre auf den Kopf und Gemeinden vor eine Zerreißprobe stellt. Trotzdem wünscht sich auch Smith keine einheitliche Antwort. Denn: „Nur wenige Lösungen, die an anderen Orten ausprobiert werden, lassen sich auf unsere Situation eins zu eins übertragen.“

★ **Und wem es nicht passt, der zieht um**

Der grundsätzliche Wille, alles über einen Kamm zu scheren und so per Dekret weitgehend identische Lebensbedingungen zu schaffen, existiert in der politischen und gesellschaftlichen Kultur der USA auch gar nicht. Föderalismus bedeutet hier, dass Staaten auf ihre Rechte pochen, Dinge wie Arbeitsrecht, Fürsorge, Schul- und Verkehrswesen auf eigene Faust zu regeln.

Deswegen sind die 50 Bundesstaaten nach wie vor die wichtigsten Katalysatoren für Reformen und neue Ideen. „Föderalismus ist keine Barriere, um Probleme wie etwa die Finanzierung des Gesundheitswesens zu lösen. Im Gegenteil – Staaten sind die Labors der Demokratie“, ist sich Alan Sager sicher. Der Professor an der Boston University verbringt die meiste Zeit tief in Statistiken und Reports vergraben, um Reformideen zu entwickeln und zu propagieren. Sager zitiert zur Begründung den ehemaligen Richter am Obersten Gerichtshof Louis Brandeis, der 1932 erklärte: „Einer der glücklichen Zufälle eines föderalen Systems besteht darin, dass ein einzelner mutiger Bundesstaat als Labor dienen kann, wenn seine Bürger es wollen. Sie können neuartige soziale und wirtschaftliche Experimente ausprobieren, ohne dass der Rest des Landes ein Risiko eingeht.“

So war es etwa gedacht, als Washington noch unter Clinton 1996 eine große Reform des Fürsorgesystems verabschiedete, die jedem Staat das Recht gibt, neue Ideen zu testen, solange am Ende mehr Menschen Arbeit finden, anstatt Fürsorgeschecks zu beziehen. Das scheint gelungen zu sein, auch wenn der Weg zum Ziel über Dutzende von unterschiedlichen Wegen führte. „Mehr Experimentierfreudigkeit führt zwangsläufig zu einigen Ergebnissen, die sich auf andere Regionen übertragen lassen. Staaten können Wandel vorantreiben“, sagt Olivia Golden vom Washingtoner Urban Institute. „Solche Erfolge auf dezentraler Ebene geben den Menschen das Gefühl, dass sich etwas ändern kann.“



Kalifornien, mit 36 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichster US-Staat und theoretisch sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt, geht seit rund 25 Jahren einen eigenen Weg bei Abgasvorschriften und der Förderung grüner Techniken, von Elektroautos bis zu Wasserstoff-Fahrzeugen. Daher unterliegen Fahrzeuge strengeren Normen als im Rest der USA, daher werden keine neuen Diesel-Pkw zugelassen und daher raffinieren Ölfirmen spezielle Treibstoffe nur für die Westküste. Dieser Sonderstatus schreckt keineswegs ab, sondern lockt Innovatoren und spornt den Rest des Landes an, sich dem guten – und wirtschaftlich keineswegs schädlichen – Beispiel anzuschließen.

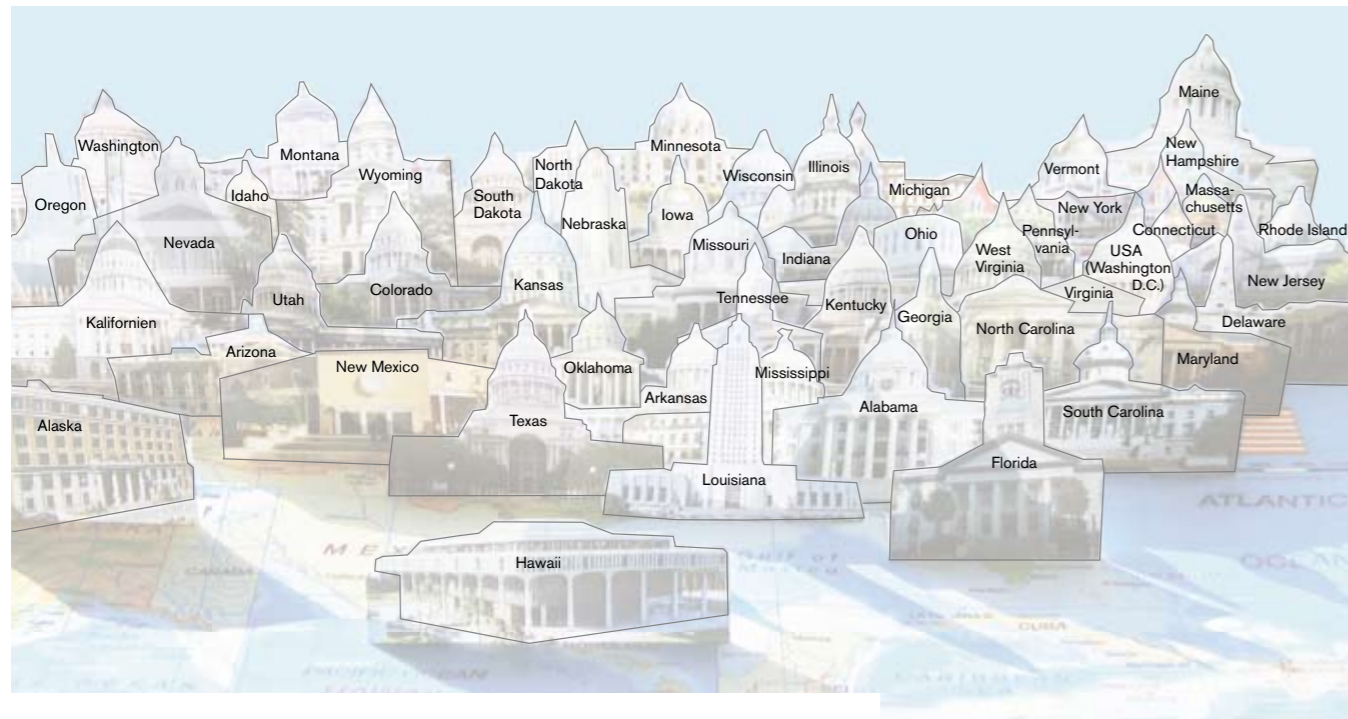
Der Wettbewerb der Systeme belebt trotz aller sozialen Lücken das Geschäft. Der beste Beweis sind die mehr als 40 Millionen US-Bürger, die Jahr für Jahr mit ihren Füßen abstimmen, wo sie leben und arbeiten möchten. Einige richten

sich dabei nach dem Steuersatz, andere nach dem Schulsystem oder dem Immobilienmarkt und wieder andere nach den besten Bedingungen, um sich endlich selbstständig zu machen oder besser zu verdienen.

Gekürzte Fassung/Originaltext „Im Labor der Demokratie“, Wirtschafts magazin brand eins, Ausgabe 09/2006

AUTOR: STEFFAN HEUER

41 Jahre, berichtet über Wirtschaft, Gesellschaft und Innovation in den USA. Seit 1999 ist er Autor und Korrespondent des Wirtschaftsmagazins brand eins. Seine Analysen und Reportagen erscheinen außerdem im Economist und der MIT Technology Review Deutschland. Er bloggt auf <http://humaneskapital.typepad.com>



Die im Dunkeln sieht man nicht

2.596 Parlamentarier arbeiten in Deutschlands Parlamenten. Außerhalb ihrer Wahlkreise sind die wenigsten von ihnen bekannt – das öffentliche Bild der Politiker aber wird durch eine Handvoll Prominenz geprägt. Ist das gerecht?

Auf Ranglisten der beliebtesten Berufe landet der des Politikers zuverlässig auf den hinteren Rängen – das Volk denkt also nicht allzu gut von seinen Vertretern. Was aber denken die Abgeordneten der deutschen Parlamente selbst von sich? Sind sie mit ihrem Job, der einerseits so wichtig, und andererseits so wenig angesehen ist, zufrieden? Was motiviert sie? Eine umfangreiche Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu den parlamentarischen Eliten Deutschlands liefert nun Antworten. 2.497 amtierende und ehemalige Abgeordnete aus Landtagen, Bundestag und Europaparlament wurden befragt. Das wichtigste vorweg: Die große Mehrheit von drei Vierteln unserer Parlamentarier ist mit ihrem Job zufrieden. Und das, obwohl jeder Zweite von ihnen „unzureichende Akzeptanz in der Bevölkerung“ beklagt und auch ganz unabhängig davon, ob sie in einer regierenden Fraktion sitzen oder die Oppositionsbank zu drücken. Ein gutes Image oder direkte Teilhabe an der Macht sind also für gefühlte Zufriedenheit nicht ausschlaggebend – was dann? Die Jenaer Forscher bieten als Antwort ein anderes Umfrageergebnis an: Es liegt am Job selbst. Denn den begreift eine deutliche Zweidrittelmehrheit der Parlamentarier eben nicht nur als Beruf, sondern als Berufung. Und so können sie, wie die Autoren der Studie es fast poetisch ausdrücken, „Befriedigung aus der Bindung der eigenen Tätigkeit an ein inneres Lebensziel ziehen.“ Mit anderen Worten: In den deutschen Parlamenten sitzen vor allem Überzeugungstäter, die darum auch nicht so schnell durch schlechte Presse oder Umfragewerte zu frustrieren sind.

Ein anderes Ergebnis der Studie überrascht: Nur 40% der Abgeordneten begreifen sich in erster Linie als Vertreter der eigenen Partei, 73% von ihnen hingegen sehen sich vor allem als Vertreter ihres Heimatlandes. Hier unterscheiden sich die öffentliche Wahrnehmung – Politik als Parteigezänk – und die Selbsterfahrung der Parlamentarier erheblich: Die Arbeit für die Region steht im Vordergrund, nicht Parteipolitik – das gilt besonders für jene Volksvertreter, die als erfolgreiche Direktkandidaten ins Parlament gewählt wurden. Sie fühlen sich ihren Wählern deshalb besonders verpflichtet. Und auch dieses Ergebnis erklärt, warum sich die Parlamentarier mit

ihrem Mandat so wohlfühlen: Sie setzen sich für etwas sehr Konkretes ein – für ihre Region und die Menschen dort.

Die Wirklichkeit dieser sonst kaum sichtbaren tagtäglichen Arbeit in Deutschlands Parlamenten wird in der Jenaer Studie fassbar. Sie besteht, vor allem auch in den Landtagen und im Bundesrat, nicht aus dem Kampf der politischen Lager um die große Richtung, sondern aus der zähen Arbeit an kleinen Verbesserungen des Gesamtprojektes Bundesrepublik Deutsch-

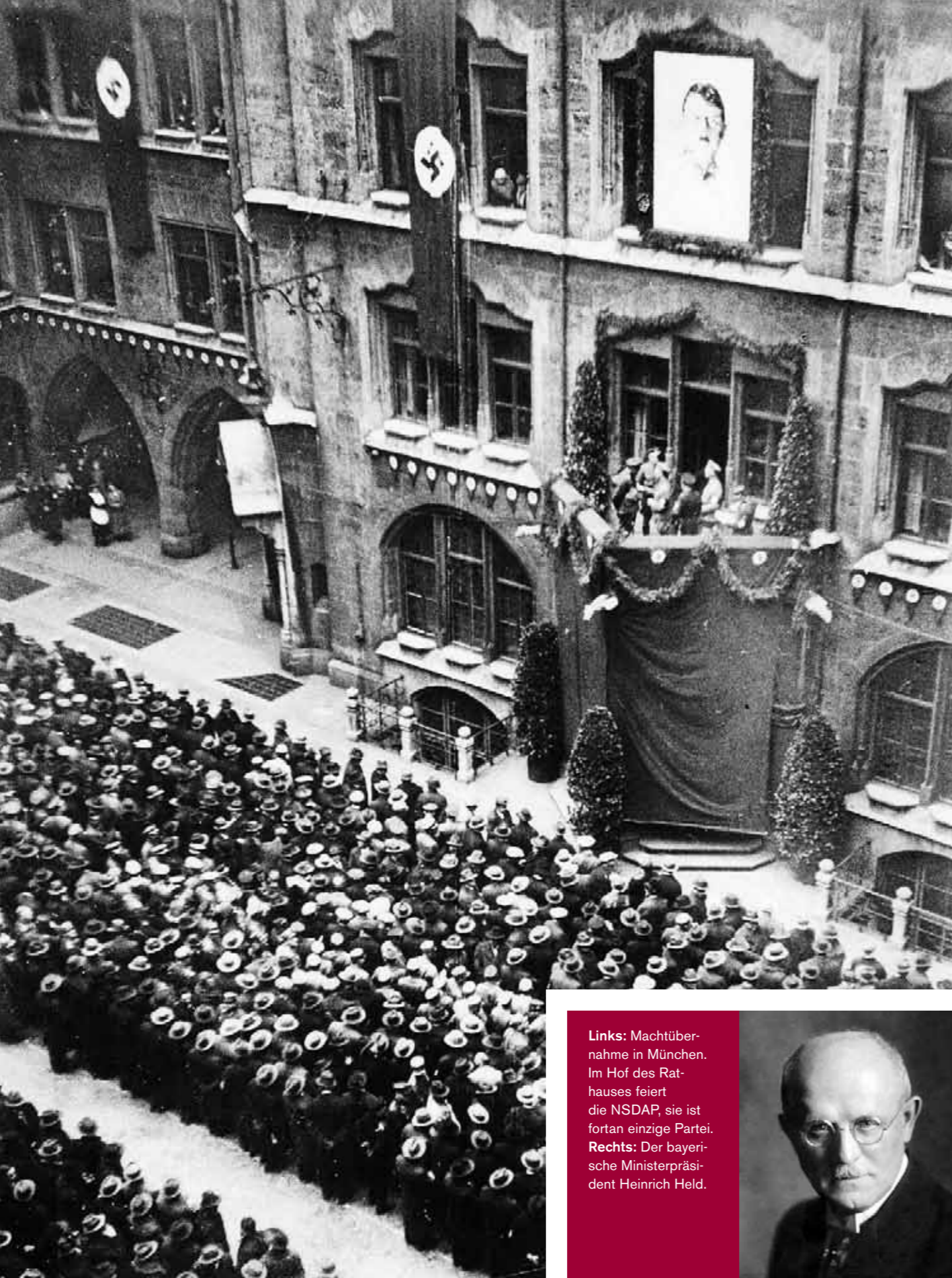


Nur 40% der Abgeordneten begreifen sich in erster Linie als Vertreter der eigenen Partei.

land. Sechs von zehn Mandatsträgern halten sich denn auch für Fachpolitiker, nicht für Generalisten. Ihnen geht es um die Sache – sehr pragmatisch, meist ganz unideologisch. Oft widmen sie ihre Laufbahn einem einzigen, scheinbar unspektakulären politischen Projekt. Diese Sacharbeiter im Weinberg der Republik bevölkern die Ausschüsse und Kommissionen – und oft noch zu später Stunde die Bänke eines fast leeren Plenarsaales, lange, nachdem das letzte Fernseheteam nach Hause gegangen ist. Auf die Frage, ob sie zur politischen Elite der Republik gehören, antworten dann auch über zwei Drittel der Parlamentarier mit einem klaren „Nein“. Und das, obwohl sie mehrheitlich die Existenz einer führenden Elite für das Land für wichtig halten. Sie glauben nur einfach nicht, dass sie selbst das sind. Diese ehrbare Neigung, vor allem der Sache zu dienen, zeigt sich auch darin, dass über die Hälfte angeben, es sei ihnen wichtiger, einen Interessenausgleich herzustellen, als ihre eigenen politischen Interessen auf jeden Fall durchzusetzen: Wichtig ist, dass überhaupt etwas vorankommt. In Europa, Bund und Land.

Die Studie zeigt also, dass die Volksvertreter eine kleine Imagekorrektur verdient hätten – doch wer liest schon Studien? Und so zeigen die Forscher auch gleich unausgesprochen die Grenzen der Massenmedien bei der Vermittlung politischer Realität auf.

U.B.



Links: Machtübernahme in München. Im Hof des Rathauses feiert die NSDAP, sie ist fortan einzige Partei. **Rechts:** Der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held.



Held ohne Macht

NS-Zeit und Föderalismus: Bayern wird am 9. März 1933 als letztes deutsches Land „gleichgeschaltet“.

Am Donnerstag, dem 9. März 1933, erschienen gegen Mittag drei unerwünschte Gäste bei dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held. Sie forderten ihn auf, sich seines Postens zu entheben und die Regierungsgeschäfte in ihre Hände zu legen. Ein Reichsstatthalter stünde bereit: General Franz Xaver Ritter von Epp, Reichstagsabgeordneter der NSDAP. So begannen die letzten Stunden des Freistaates Bayern als deutsches Land mit föderalen Rechten. Nun begann die „Gleichschaltung“.

Ein Putsch? So mag es Heinrich Held vorgekommen sein, und die Geschichtsschreibung ist sich auch nicht ganz einig, ob da alles mit rechten Dingen zuging. Hitler hatte am 28. Februar, direkt nach dem – angeblich von Kommunisten gelegten – Reichstagsbrand mit der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ wesentliche Grundrechte außer Kraft gesetzt. Das Reich war im Ausnahmezustand. Dieselbe Verordnung gab dem Reichsinnenminister die Befugnis, in die Souveränität der Länder einzugreifen. Aber dieser Streich ging doch sehr weit. Heinrich Held zog sich mit seinem Ministerrat zur Beratung zurück.

Was gab es zu besprechen? Was die ungebetenen drei Herren wollten, war unmissverständlich. Sie waren bekannt: der derbe SA-Chef Ernst Röhm, Heinrich Himmler und Adolf Wagner, Leiter im NSDAP-Gau München-Oberbayern. Auch der, in dessen Namen sie kamen, war bereits bei Held vorstellig geworden: Adolf Hitler. Bereits in den frühen Januartagen 1925 hatte der frisch entlassene Insasse der Haftanstalt Landsberg bei dem Ministerpräsidenten vorgesprochen – und versprochen, künftig dem Gesetz Folge zu leisten. Daraufhin hatte Heinrich Held das Verbot der NSDAP aufgehoben. Er hatte nicht damit gerechnet, dass die obskuren November-Putschisten, deren Marsch auf die Feldherrenhalle 1923 so kläglich gescheitert war, zehn Jahre später die Regierung und damit das Gesetz an sich reißen würden. Nun folgten sie Gesetzen, die sie selbst erließen.

Derselbe Adolf Hitler, der im Bürgerbräukeller seine Reden geschwungen hatte, war nun Reichskanzler. Wen konnte ein Mann wie Heinrich Held noch anrufen? Vielleicht Paul von Hindenburg, den Reichspräsidenten, der ihm, Held, noch fünf Jahre zuvor wohlmeinende Worte zum 60. Geburtstag nach München telegraphiert hatte? Damals war ihm sogar ein

Blumenarrangement aus der Reichskanzlei übermittelt worden: „Möge es Ihnen vergönnt sein, Ihr verdienstvolles Wirken zum Besten des Reiches und Ihres Landes in voller Arbeitsfrische und Gesundheit noch lange Jahre fortzusetzen“, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung am 7. Juni 1928 nachgedruckt hatte. Doch diese Worte stammten von einem Reichskanzler, der Marx hieß, Dr. Wilhelm Marx, und die Zeiten hatten sich geändert. Hindenburg sah keine Veranlassung einzuschreiten.

Das Telegramm, das an diesem Abend des 9. März 1933 bei Held eintraf, lautete anders. Es reagierte auf ein Angebot, das Held und sein Ministerrat dem ungebetenen Besuch am Nachmittag unterbreitet hatte: eine Koalitionsregierung zwischen NSDAP und Bayerischer Volkspartei (BVP), der Held angehörte. Die Gäste aber wollten nicht verhandeln. Sie hatten bereits vorab mitgeteilt, von Epp werde auch ohne Helds Zustimmung zum Generalstaatskommissar ernannt, und zwar durch die Verfügung des Reichsministers Wilhelm Frick. Dessen Telegramm traf um 20:45 Uhr ein. Held verwahrte sich aufs Schärfste – und fügte sich. Das zunächst etwas vorlaut wirkende Wort von der „Machtergreifung“ wurde Wirklichkeit.

Drei Tage später reiste Hitler an. Und staunte: Auch das letzte der deutschen Länder, der stolze und traditionell eigensinnige Freistaat Bayern, hat sich also unverhofft schnell „gleichschalten“ lassen. Eingesetzt waren eine neue Führung, Parteigenossen in den wichtigsten Ämtern. Das war nicht unbedingt zu vermuten gewesen. Vor Kurzem noch hatten Pläne kursiert, die BVP würde den Nazis zuvorkommen und den Wittelsbacher Kronprinz Rupprecht zur Wiederauflebung der Monarchie ermuntern. Noch in der Woche nach dem 9. März verhandelte die NSDAP mit der „Bayernwacht“, der BVP-Kampfgruppe. Niemand hatte vergessen, wie kühn sich Held stets für die Eigeninteressen des Freistaates starkgemacht und immer wieder auf „das Einheitsreich mit seinen nivellierenden und zerstörenden Einflüssen“ geschimpft hatte (unter anderem auf den Verlust der Biersteuer, die das Reich für Reparationen einheimste). Held hatte immer wieder den „Ausbau weiterer Zuständigkeiten zugunsten der Länder“ (Rede am 17. Januar 1928) eingefordert. Doch das Dümpeln in eigenstaatlichen Eitelkeiten war nicht mehr modern. München war im Taumel. Gebeutel von der Weltwirtschaftskrise bejubelte es die „nationale Erhebung“.

Held sah, dass sich die Dinge nicht innerhalb der Regierungszentrale entschieden. Draußen ruinierten Röhm's Sturmabteilungen soeben jene „öffentliche Sicherheit und Ordnung“, die die NSDAP wiederherzustellen versprach – sofern man ihr allein das Kommando übergab. Held konnte die SA umso weniger übersehen, als er es selbst gewesen war, der 1930 das erste Uniformverbot für die NSDAP ausgesprochen hatte. Jetzt waren die Braunhemden wieder da. Vor zwei Tagen erst marschierten sie mit Hakenkreuzfahnen durch Neustadt/Pfalz, am nächsten Tag durch Nürnberg, soeben sammelten sie sich in München. Das waren keine leeren Gesten. Die SA-Kampfstärke war von 77.000 (Anfang 1931) auf 700.000 Mann im Januar 1933 angewachsen. Der Terror war real. Improvisierte Folterstätten entstanden überall. Himmler verkündete gleich nach seiner Ernennung als kommissarischer Münchner Polizeipräsident öffentlich die Errichtung eines „politischen Konzentrationslagers“, 20 Kilometer nördlich von München, auf einem stillgelegten Munitionsgelände bei der Ortschaft Dachau. Schon einen Tag später wurden 150 Häftlinge dorthin verlegt, die ersten von 200.000: zunächst Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler. Dachau wurde seiner Struktur nach Vorbild aller KZ. Die abstrakte, verwaltungstechnische Veranstaltung namens „Gleichschaltung“ zeigte hier ihr Gesicht.

Held wusste auch, wie ohnmächtig vor ihm die Kollegen anderer Länder zusehen mussten, als diese Besuch aus Berlin bekamen.

Denn was in Bayern geschah, war nur das Ende einer Kette von politischen Entmachtungen, die mit dem Automatismus und der Geschwindigkeit einer Reihe fallender Dominosteine binnen eines Monats sämtliche deutsche Länder erfasst hatte.

Der unglückliche Vorreiter war Preußen. Beim sogenannten „Preußenschlag“ hatte es Hitlers Vorgänger, Reichskanzler Franz von Papen, schon 1932 vorgemacht: Er hatte die preußische Regierung unter Otto Braun (SPD) abgesetzt und selbst als Reichskommissar regiert. Braun und sein Innenminister Carl Severing erklärten, sie würden nur der Gewalt weichen. In derselben Stunde verhängte die Reichswehr den militärischen Ausnahmezustand, besetzte das preußische Innenministerium, das Berliner Polizeipräsidium und die Zentrale der Schutzpolizei. Das größte deutsche Land war im Handstreich lahmgelegt worden. Hitler übernahm das Erbe und übertrug es Hermann Göring.

In den meisten Fällen waren die Länderregierungen gefügig: Konterniert wichen Präsidenten, Minister, Abgeordnete und Beamte. Schon am Abend der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ging es los: Hamburgs Spitze wurde abgesetzt. Einen Tag später folgten die freien Städte

Lübeck und Bremen sowie Hessen, am 8. März Baden, Sachsen und Schaumburg-Lippe. Es funktionierte reibungslos.

Es standen genug verdiente Parteigenossen zur Verfügung. Sie hatten sich in den Gauen, jenen Verwaltungseinheiten der NSDAP, bewährt. Meist schickte Hitler Gauleiter in die Schaltzentralen der Länder, um sie als Reichsstatthalter, Reichsminister oder Oberpräsidenten in Amt und Würden zu setzen. So wurden die Gauen bald wichtiger als die Länder. Parteiamt und Staatsamt fielen gemäß der neuen Identität von Partei und Staat oft zusammen. Die NSDAP und ihre Gliederungen, SA und SS, nisteten sich damit direkt in die staatlichen Behörden ein, besetzten öffentliche Ämter und Schaltstellen politischer Macht, von Amtsstuben bis hin zu Vereinen und Verbänden.

Lange Jahre regierte die BVP selbstbewusst als konservative Verteidigerin katholisch-bajuwarischer Rechte. Nun hatte sie ihr politisches Mitspracherecht eingebüßt. Im Reichstag machte sie noch einmal davon Gebrauch – und gab am 23. März Hitler die Stimmen zum „Ermächtigungsgesetz“, das ihm diktatorische Vollmachten zubilligte. Zu dieser Zeit war Held schon nicht mehr im Amt. Er hatte wunschgemäß am 15. März offiziell sein Amt niedergelegt.

Er zog sich zunächst in die Schweiz, später nach Regensburg zurück. Dort konnte er nachlesen, wie der Putsch nachträglich legalisiert wurde. Am 31. März 1933 verabschiedete der Reichstag das „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“. Danach sollten alle Landtage gemäß der Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu zusammengesetzt werden, unabhängig vom Ausgang der Landtagswahlen. Am 5. März hatte die rechtsradikale Koalition aus NSDAP und DNVP im Reichstag eine knappe Mehrheit (51,9%) erzielt. Das Ergebnis wurde nun auf die Landtage übertragen. Entsprechend verfuhr man mit kommunalen Selbstverwaltungsgremien: Kreistagen, Bezirkstagen, Stadträten, Gemeinderäten. So wurden auch kleinste linke Hochburgen geschliffen. Die Stimmen für die Kommunistische Partei wurden ohnehin annulliert, ihre Sitze gestrichen, Abgeordnete verhaftet. Zudem „vereinfachte“ dieses erste Gleichschaltungsgesetz die Gesetzgebung, indem es die legislative Vollmacht der Reichsregierung auf die Landesgesetzgebung ausdehnte. Mit dem zweiten Gleich-



Die kommissarische bayerische NSDAP-Regierung: Sitzend v.li.: Ludwig Siebert, Franz Ritter von Epp, Adolf Wagner, Hans Schemm; stehend: Ernst Röhm, Hans Frank, Hermann Esser und Georg Lubber.

geregelt war im NS-Führungsstaat vor allem die letzte Instanz: Hitler. Die Reichsstatthalter agierten als ausgelagerte Aufsichtsorgane mit unklaren Befugnissen, hierarchisch neben den Ministerpräsidenten gelagert. Das „System“ ermutigte zu Hofschranzertum, dessen Akteure sich auf wenig mehr berufen konnten als das (nicht eben haltbare) Wort dessen,

der sie berief, eben Hitlers. Das Ungeregelte, teilweise geradezu Chaotische, spielte dem Führer-Absolutismus in die Hände.

Die politische Gleichschaltung auf Länderebene wirkt abstrakt, wie eine Formalie. Sie ist indes nicht vorstellbar ohne die sichtbaren und überall spürbaren Folgen. Die zentralistische Staatsgewalt sickerte in alle Lebensbereiche, nachdem die Tore zu den einzelnen deutschen Ländern geöffnet waren. Der Zynismus dieses „Einheitsgedankens“ ist an Beispielen ablesbar:

Medial: Joseph Goebbels, seit 13. März 1933 Reichminister für Volksaufklärung, kontrollierte reichsweit, was und wie berichtet wurde. Über den für jedermann erschwinglichen Volksempfänger war 1934 ein Drittel aller deutschen Haushalte zugeschaltet, sieben Jahre später zwei Drittel.

Sprachlich: „Heil Hitler“ (mit rechtem vorgestrecktem Arm) ersetzt verbindlich andere Grußformeln.

Symbolisch: Das Jahr wird mit Feiern übersät – Tag der Wehrmacht, Hitlers Geburtstag, Reichsparteitag, Sonnenwendfest. Jeder Monat bot Anlass, Hakenkreuzfahnen aus dem Fenster zu hängen. Das Parteizeichen der NSDAP wurde 1935 zum alleinigen Hoheitszeichen des Deutschen Reiches erklärt.

Ideologisch: Die Uniformierung des Denkens über Hitlerjugend, Bund Deutscher Mädel und weitere Verbände spiegelte sich auch in der Kleidung: Kaum eine Altersgruppe agierte ohne Uniform. Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) garantierte eine nahezu lückenlose Überwachung der Bevölkerung.

Ethnisch-soziologisch: Die rassistische Ideologie der „Arisierung“ führte direkt in den Massenmord, insbesondere der „jüdischen Rasse“.

Gleichschaltung bedeutet Zerstörung und Vernichtung: von Macht, von Kultur, von Menschen. Göring hatte am 3. März 1933 in Frankfurt am Main seine künftigen Maßnahmen als Innenminister beschrieben: Er habe keine Gerechtigkeit zu üben, sondern „nur zu vernichten und auszurotten“. Was nicht passte, wurde exekutiert: mittels Verbot, Verbrennung, Vernichtung. Gleichschaltung war kein abstrakter Prozess. Es war Abschaltung der demokratischen Grundrechte eines Staates, in dem Toleranz, Freiheit und Menschenwürde zählt. Heinrich Held starb 1938. Als erklärter Gegner des Nationalsozialismus hatte er bis zu seinem Tode noch einiges auszustehen.

schaltungsgesetz vom 7. April wurden die Reichsstatthalter als Beauftragte Hitlers mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Beide Gesetze setzten sich über die Reichsverfassung hinweg, und zwar ausdrücklich. Ob das auch unter Berücksichtigung des Ermächtigungsgesetzes zulässig war, ist heute verfassungsrechtlich strittig, war allerdings für die Nazis relativ belanglos.

Genau ein Jahr nach der Machtübernahme regelte das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934 schließlich konkret die Übergabe der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich. Die Landesregierungen wurden der Reichsregierung unterstellt, die Länderparlamente wurden aufgehoben. Sie hatten auch keinen Sinn mehr, nachdem sich alle Parteien, inklusive der BVP und des NS-Steigbügelhalters DNVP, bis Juli 1933 aufgelöst hatten. Mit den Ländern war auch die Parteienlandschaft gleichgeschaltet worden. Die föderale Gegengewalt des Reiches war zur Dekoration verkommen. Am 14. Februar 1934 wurde auch der Reichsrat, die Vertretung der Länder, aufgehoben. Die Landesjustizverwaltungen wurden an das Reich übergeben.

„Gleichschaltung“ bezeichnet die Prozesse auf dem Weg der Überführung eines föderal-pluralistischen Staates in einen zentralistischen Einheitsstaat. Es ist eine der vielen nationalsozialistischen Vokabeln, die ihre wahre Bedeutung verschleiern. Wie „Säuberung“, „Euthanasie“ und viele andere. Wenn alles gleich sei, ginge es womöglich auch gerecht zu. In den Jahren 1933 und 1934 war der Begriff positiv besetzt.

Manche Resultate wirken bis heute nach: Erstmals wurde die nationale Identität der Bürger vereinheitlicht. Eine deutsche Staatsangehörigkeit gab es bis 1933 nicht. Bis dahin war man Staatsbürger Preußens, Sachsens, Bayerns oder der anderen 15 Länder. Erst per Verordnung vom 5. Februar 1934 wurde der Eintrag in den Standesregistern ersetzt.

Anderes wog schwerer, was weniger den Begriff Gleichschaltung als Ausschaltung nahelegen würde. Ausgeschaltet wurden die föderalen Organe, die sich stets als Kontrolle zentralistischer Macht begriffen und behauptet hatten: große Teile der Verwaltung, insbesondere die Polizei, waren in der Weimarer Republik Ländersache. Eine Reichspolizei existierte nicht, bis Himmler sie im Juni 1936 als „Reichsführer der Schutzstaffel (SS) und Chef der deutschen Polizei“ zentralisiert hatte.

Gleichschaltung – das weckt Vorstellungen von einem Hebel, dessen Umlegen automatisch alles Weitere regelt. Doch

Nach dem „Preußenschlag“. Heinrich Held (5. v. rechts) und die anderen Ministerpräsidenten werden 1932 von Reichskanzler Franz von Papen über den Ausnahmezustand in Preußen informiert.



Alle auf eine Karte

Wer legt eigentlich fest, welche Stadt auf der Wetterkarte zu sehen ist? Und warum ist das durchaus auch eine politische Frage?

Auf kaum etwas ist Kassel so stolz wie auf einen winzigen Punkt. Einen runden weißen Punkt auf grünem Grund. Den jeden Tag mehrere Millionen Menschen sehen, die dafür nur den Wetterbericht im ZDF einschalten müssen. Dort ist der Punkt mitten auf der Deutschlandkarte und zeigt es allen ganz genau. Wo Kassel liegt.

Wie wichtig den Menschen in Kassel der Punkt ist, war vor ein paar Jahren zu sehen, als man ihnen den Punkt wegnehmen wollte. Niemand hat beim ZDF die Briefe gezählt, geschrieben von tief gekränkten Bürgern. Und vom Bürgermeister. Kassel blieb auf der Karte. Wenn auch nicht nur wegen der Briefe. Aber dazu kommen wir später.

Bei der ARD gehen jede Woche ähnliche Briefe ein. Geschrieben von Menschen, die endlich ihre Stadt sehen wollen auf der traditionsreichsten Fernseh Wetterkarte des Landes. Zum Beispiel von Menschen aus Nürnberg. Da, wo Nürnberg liegt, da sei doch noch so viel Platz. Oder von den Gemeinderäten eines kleinen Dorfes in Hessen, die einstimmig beschlossen haben, dass ihr Ort umgehend auf die Karte zu setzen sei. Nicht zu vergessen auch hier die Beschwerden aus Kassel. Wieso zeigt die ARD noch immer dieses Frankfurt?

Die Meteorologen antworten dann, dass sie den Wunsch verstehen, aber es seien eben sehr viele Städte auf der Wetterkarte und leider kein Platz mehr. Was sie am liebsten machen würden, schreiben die Meteorologen nicht. Die ganze Karte abräumen nämlich. Ja, wenn es nach ihnen ginge, dann gäbe es stattdessen viel Platz für viel Wetter. Platz, wo Sonnen scheinen und wo Blitze zucken. Und wo man Minusgrade und Tiefdruckgebiete genau dahin setzen kann, wo sie auch sind.

Mehr als zehn Städtenamen passen auf keine Karte

Aber die Meteorologen werden nicht gefragt. Im Ersten sind heute zehn Städte auf der Karte, mehr als jemals zuvor. Nicht nur München, Berlin und Hamburg, auch Kiel und Rostock. Das Zweite hat ebenfalls zehn Orte. Kiel und Rostock, Kassel, Bonn, sogar Saarbrücken. Gunther Thiersch, den Wetterchef des ZDF, macht das schon lange ratlos. „Was wir jetzt draufhaben, ist einfach das absolute Maximum“, sagt er. Aber er weiß, es ist längst zu spät. „Eine Stadt ist schnell auf der Karte, aber du kriegst sie einfach nicht mehr runter.“

So wie 1999, als Bonn runter sollte. Die Stadt ging damals siegreich aus dem Ereignis hervor, das als „Rheinischer Wetterkrieg“ in die Geschichte einging. Ein erbitterter Dreikampf war das, und eine Boulevard-Zeitung fragte: „Wer wird die meteorologische Macht am Rhein?“ Köln hatte Bonn auf allen anderen Sendern beerbt und sollte nun auch auf die ZDF-Karte. Und Düsseldorf, bisher von allen übergegangen, wollte wenigstens auf einem Sender zu sehen sein. Bonn blieb.

Solche Erfolge sind es, die auch andere nicht ruhen ließen. Leipzig etwa. Dort ist man gar nicht glücklich, dass bei ARD und ZDF Dresden zu sehen ist. Vor der Wende war Leipzig immerhin die einzige DDR-Stadt auf der Tagesschau-Karte. Als sich Leipzig dann für die Olympischen Spiele 2012 bewarb, kamen Gerüchte über eine ausgeklügelte Kampagne auf, mit denen die Stadt ihren Namen auf die Karten aller Kanäle bringen wollte. Das Rathaus ließ damals nur wissen, man formuliere bei den Senderverantwortlichen höchstens mal „Wünsche oder Träume“.

Bei den Privaten war Leipzig dagegen schon vor der Olympia-Bewerbung auf der Karte. Unter Protest aus Dresden selbstverständlich, der aber milde ausfiel. Die meisten Briefe erhielt Sat.1. Sie waren fast immer an die Wetter-Moderatorinnen adressiert. „Das Thema wurde gern vorgeschoben, um mit den Damen Kontakt aufzunehmen“, sagt Sat.1-Wetterchef Johannes Schmidt-Ziegler. Anfang 2003 sparte Sat.1 seine Wetterfrauen ein. Seitdem kommt fast keine Post mehr aus Dresden.

Heide Simonis setzte sich dafür ein, dass Kiel seinen Punkt behielt

Wie gesagt, mit Briefen allein ist ohnehin noch niemand weitergekommen. Womit wir noch einmal bei Kassel wären. Nicht nur durch den Protest rechtschaffener Bürger ließ sich das ZDF einst erweichen. „Wir hatten einen guten Fürsprecher“, sagt Kassels Rathaus-Sprecher Hans-Jürgen Schweinsberg. Und verrät auch, wen. Der ehemalige stellvertretende ZDF-Chefredakteur Helmut Reitze stamme aus Nordhessen. Und sei sogar in Kassel zur Schule gegangen.



Oft aber ist kaum zu ergründen, wo die Fürsprecher sitzen. Heide Simonis ist noch eine, die sich in ihrer Zeit als schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin für ihr Land und seine Städte eingesetzt haben soll. Sie soll nicht nur dafür verantwortlich gewesen sein, dass, obwohl zur Orientierung nur bedingt hilfreich, Kiel auf den Karten von ARD und ZDF zu sehen ist. Sie soll auch interveniert haben, als das Erste vor einigen Jahren die Wetterkarte ein Stückchen kippte, um die Wolken dreidimensional zu zeigen. Schleswig-Holstein fühlte sich damals zu weit an den Horizont gedrängt. Die Karte wurde wieder zurückgekippt.

Einen Meteorologen aber gibt es, bei dem war bisher auch für Ministerpräsidenten nichts zu machen. Der Meteorologe heißt Jörg Kachelmann und konnte sich die Sache mit den Städten lange genug ansehen, bevor er mit seiner privaten Wetterfirma ins Fernsehgeschäft einstieg. Er zeigt auf seiner Wetterkarte vor der Tagesschau nur Berlin und einen täglich wechselnden zweiten Ort, meist Kleinstädte. Und bei seinem Wetter nach den Tagesthemen ist überhaupt keine Stadt mehr zu sehen. „Die Sendung heißt doch nicht ‚Wir zeigen den Atlas‘, sondern ‚Wetterbericht‘“, sagt er.

AUTOR: KLAUS GEIGER

Jahrgang 1976, studierte Geschichte in München, Rom und Regensburg. Seit 2002 arbeitet er für Agence France-Presse (AFP). Außerdem veröffentlichte er als freier Autor, unter anderem für Zeit, Financial Times Deutschland und Süddeutsche Zeitung.

Wer macht was in der Bundesrepublik?

Föderalismus ist nicht gleich Föderalismus und hat in jeder Republik mit einer solchen Struktur seine ganz eigene Ausprägung. In Deutschland zeichnen sich Länder und Bund durch sehr unterschiedliche Kompetenzen aus. Tatsächlich ist es gar nicht so einfach, den Überblick zu behalten, wer für welche Aufgaben zuständig ist. Zumal es Pflichtaufgaben und freiwillige Zuständigkeiten gibt. Laut Grundgesetz gibt es in Deutschland eine Alleinzuständigkeit der Länder. Doch wie ist es wirklich und wer macht eigentlich was?

Kommunen

- Müllabfuhr
- Strom-, Gas- und Wasserversorgung
- Straßenreinigung
- Öffentlicher Nahverkehr
- Bau und Wartung von Schulen
- Wohn- und Heizgeld nach Hartz IV
- Kindergärten und Horte
- Feuerwehr, Rettung, Katastrophenschutz
- Durchführung von Wahlen
- Bau- und Wohnungswesen
- Verkehr

freiwillig

- Schwimmbäder
- Bibliotheken
- Musikschulen
- Sportstätten
- Grünanlagen
- u. v. a.



Land

- Strafvollzug
- Presse- und Rundfunkrecht
- Notarrecht
- Gaststätten- und Ladenschlussrecht
- Besoldung, Versorgung und Laufbahn der Beamten
- Demonstrationsrecht
- Schul- und Hochschulgesetze
- Kulturelle Förderung
- Polizeirecht
- Öffentliche Gesundheits- und Pflegestruktur
- Verwaltung und Gliederung von Kommunen
- Naturschutzgebiete



Bund

- Melde- und Ausweiswesen
- Kernenergie
- Auslandsbeziehungen,
- Verteidigung,
- Staatsangehörigkeit
- Abwehr des internationalen Terrorismus bei länderübergreifender Gefahr
- Währungs-, Geld- und Münzwesen
- Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland, Zoll- und Grenzschutz
- Post und Telekommunikation
- Eisenbahn- und Luftverkehrsüberwachung
- Gewerblicher Rechtsschutz, Urheberrecht, Verlagsrecht

freiwillig

(diese Aufgaben erhalten automatisch die Länder, wenn der Bund keine entsprechenden Gesetze erlässt):

- Bürgerliches Recht und Strafrecht
- Sozialversicherung, Bundesagentur für Arbeit
- Autobahnen und Landstraßen für den Fernverkehr
- Straßenverkehrsordnung
- Zulassung zu ärztlichen Berufen
- Seuchenbekämpfung
- Naturschutz, Landschaftspflege
- Arzneien und Betäubungsmittel
- Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung
- Lärmbekämpfung



IMPRESSUM

EINBLICK



Herausgeber

Bundesrat
Öffentlichkeitsarbeit
11055 Berlin
www.bundesrat.de
Redaktion Bundesrat (V.i.S.d.P.): Karin Risse

Konzeption und Produktion

www.baehr-hollenberg.de
Redaktionsleitung: Ulrich Bähr (U.B.)
Layout: Theresa Robrecht
Autoren: Kai Perschau (K.P.), Sven Sonne (S.S.),
Jens Wollmerath (J.W.)
Lektorat: Birgit Wessel

Druck

www.neuenieswanddruck.de

Bildnachweis

akg-images 28, 30, 31
Archiv diekoordinaten 13, 40, 43, 44, 45, 52
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz 29
Bundesrat 6, 8, 9, 11
fotofinder.de 4, 5, 34, 36, 54
getty images 1,
kpa photo archives 36, 37, 38
Süddeutsche Zeitung Photo 48, 50, 51
Ullstein Bild 1, 33, 54, 55,
Wikimedia Commons 26

MDR/Steffen Junghans 37 unten
Birgit Rautenberg 22 – 25
Herbert Schauer 33
Martin Steiner 14 – 18



Baden-
Württemberg



Bayern



Berlin



Brandenburg



Bremen



Hamburg



Hessen



Mecklenburg-
Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-
Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Schleswig-Holstein



Thüringen